

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 202.

Mittwoch, den 30. August 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Eine neue Flottenkundgebung.

Bei dem Festmahle zu Ehren des Kaiserpaars, das am Sonntag in Hamburg stattfand, hat eine Wechselrede zwischen dem Bürgermeister der Hansestadt und dem deutschen Kaiser stattgefunden, die nicht verfehlen wird, in der breitesten Öffentlichkeit und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus großes Aufsehen zu erregen. Enthaltend doch die beiden Reden nichts Geringeres als ein neues Flottenprogramm. Wer noch innerhalb und außerhalb der Grenzen Deutschlands bis jetzt der trügerischen Auffassung gehuldigt hatte, daß die Seerüstungen Deutschlands mit dem Ablauf des Flottengesetzes ihren Höhepunkt erreicht haben würden, so daß dann ein Stillstand im Rüstungswesen eintreten würde, wird jetzt eines Besseren belehrt sein. So sehr man sich auch in der offiziellen Presse und in den Blättern der bürgerlichen Parteien Deutschlands den Anschein geben wird, als handele es sich bei den Hamburger Reden nicht um die einstmals sich nur in allgemeinen rhetorischen Wendungen bewegende Umschreibung neuer Flottenrüstungen, sondern nur um das von Wilhelm II. ja schon so oft abgegebene Bekenntnis zur „deutschen Seegeltung“, so wenig glauben wird eine solche Darstellung finden können. Denn die Auslassungen sowohl des Bürgermeisters von Hamburg als besonders auch die Erwiderung Wilhelms II. beweisen unzweideutig, daß man fest entschlossen ist, in den Flottenrüstungen keinen Stillstand eintreten zu lassen!

Der Bürgermeister Dr. Predöhl wies ausdrücklich auf den Schutz hin, den Hamburgs Handel durch die deutsche Flotte genieße. Er wies darauf hin, daß Wilhelm II. „mit der Schaffung der Seewehr neue Wege gemandelt“ sei und dem hamburgischen Welthandel „auf allen seinen Bahnen glückliches Gedeihen verheißen“ habe. Und was antwortete darauf Wilhelm II.? Er betonte die Wichtigkeit der Ausbreitung des Handels, der gewissermaßen der „Atem des Staatskörpers“ sei. Der Aufschwung des deutschen Handels habe „manchem in der Welt Unbequemlichkeiten gemacht“. Die Konkurrenz sei jedoch auf kommerziellem Gebiet gesund. Die Konkurrenz der Nationen untereinander könne auch in Frieden ausgekämpft werden. Dann aber folgten die bemerkenswerten Sätze:

„Der Schutz für Handel und Seefahrt ist durch das deutsche Volk in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden in der mächtigsten entwickelnden und allerwärts durch ihre Manneszucht und Disziplin sich auszeichnenden deutschen Kriegsslotte. Sie ist es, welche den Willen des deutschen Volkes zur Seegeltung darstellt. Diese noch aufblühende junge Flotte erfreut sich ganz besonders des Interesses der Hamburger. Wenn anders ich den Ausdruck der Begeisterung der Hamburger richtig verstanden habe, so glaube ich annehmen zu können, daß es ihre Ansicht ist, unsere Flotte auch fürderhin zu verstärken, so daß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde.“

Nicht wir also, sondern gerade Wilhelm II. gab den Andeutungen des Hamburger Bürgermeisters den Sinn, daß auch die Hamburger wünschten, daß unsere Flotte „auch fürderhin zu verstärken“ sei, so daß Deutschland niemand den ihm zustehenden Platz an der Sonne streitig machen könne.

Eine Verstärkung unserer „noch aufblühenden jungen Flotte“ verträgt sich aber nicht mit dem Einhalten unseres Flottenbauprogramms. Vieles steht eine ganz bestimmte Stärke unserer Linienschiffe, großen Kreuzer usw. vor. Bleibt dieses Flottengesetz in Geltung, so tritt künftighin nach seinen Bestimmungen zwar der Ersatz älterer Schiffe durch zirka drei neue Schlachtschiffe ein, aber die Flotte selbst erfährt darum keine Vermehrung, keine Verstärkung. Eine Verstärkung kann nur in einer Vermehrung unserer Schlachtschiffe, einem Hinausgehen über die durch das Flottengesetz festgelegte Kriegsschiffszahl bestehen. So hat es offenbar Wilhelm II. gemeint, so nur können bei logischer Deutung seiner Ausführungen seine Worte gemeint sein! So auch nur wird sie das Ausland verstehen, und so nur können sie auch von den deutschen Volksmassen selbst aufgefaßt werden!

Für jedermann, der die Geschichte unserer bisherigen Flottenverstärkungen auch nur einigermaßen aufmerksam verfolgt hat, der beobachtete, wie man schon bei Schaffung

des Flottenprogramms im Jahre 1900 und ebenso bei den Flottenneubauten die Neu- und -Ersatzbauten zeitlich möglichst zusammengedrängte, was es von vornherein klar, daß das jetzige Flottengesetz nur eine Episode, ein Durchgangsstadium bilden werde. Dieser Auffassung waren auch alle bürgerlichen Parteien. Man braucht nur daran zu erinnern, wie die Nationalliberalen und Freikonservativen bereits im Jahre 1906 während der Kommissionsverhandlungen über die neue Flottenneubauten die Regierung bestürmten, gleich weitere Schiffsbauten zu fordern. Damals erklärten nicht nur auch die Vertreter der anderen Parteien, insbesondere das Zentrum, daß sie jederzeit bei einem Nachweis der Notwendigkeit auch für neue Flottenforderungen zu haben sein würden, sondern auch der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Herr von Tirpitz, erklärte rund heraus, daß er gerne ein weitergehendes Bauprogramm akzeptiere, wenn ihm nur die Volksvertretung eine Majorität für die weitergehenden Forderungen schaffe.

Damals also, vor 5 Jahren, glaubte kein Mensch daran, daß das Flottengesetz auch nur für seine Dauer unverändert bleiben werde; im Gegenteil hielt man es für selbstverständlich, daß noch innerhalb dieser Geltungsdauer von der Regierung Neuforderungen gestellt würden. Und erst recht dachte man daran, daß nun die durch das Flottengesetz festgelegte Flottenstärke die dauernde Stärke unserer Marine bleiben werde. Man hielt es für ganz selbstverständlich, daß das Flottengesetz munter weitergehen würde.

Erst als die Finanzlage sich so ungeheuerlich verschlechterte, erst als das Riesenbudget der Jahre 1907/08 selbst den bewilligungseifrigsten Flottensegen Bedenken einflöste, legte man sich in bezug auf die Flottenforderungen eine größere Reserve auf. Und als dann England die Frage einer Verständigung über die Flottenrüstungen aufwarf, lehnte die deutsche Regierung zwar diesen Gedanken von vornherein mit aller Entschiedenheit ab, aber man hielt es doch für opportun, sich den Anschein zu geben, als sei für absehbare Zeit eine weitere Verstärkung der deutschen Flotte über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus nicht beabsichtigt. Und die momentane Situation, die Rücksichten auf den bevorstehenden Wahlkampf ließen es gleichfalls nicht angebracht erscheinen, vor den Wahlen mit neuen Flottenwünschen herauszutreten.

Inzwischen ist aber abermals eine gewisse Wendung eingetreten. Die augenblickliche Geschäftskonjunktur hat eine günstigere Finanzlage geschaffen, als selbst die Väter des Schnapsblocks vor Jahresfrist noch anzunehmen wagten. Der Anleihebedarf ist ein geringerer geworden, und mit dem Schwinden der augenblicklichen Finanzkalamitäten ist auch der weltpolitische Übermut der herrschenden Klasse ins Riesengroße gewachsen, wie die frivole Art der Behandlung der Marokkofrage durch unsere großen bürgerlichen Parteien beweist. Auch der Flottenverein, der doch gegenwärtig förmlich eine offizielle Institution darstellt, hat ja ungeniert die Forderung aufgestellt, daß zum mindesten die im Flottengesetz vorgesehenen Ersatzbauten beschleunigt werden, was natürlich nichts anderes als eine Durchbrechung des Flottengesetzes, eine effektive Vermehrung unserer Schlachtslotte darstellt. Und zu alledem kommt jetzt die programmatische Erklärung Wilhelms II., daß unsere gegenwärtige Flotte nur eine „noch aufblühende junge“ Flotte sei und daß er, der Kaiser, mit dem Bürgermeister von Hamburg der Ansicht sei, daß unsere Flotte „auch fürderhin zu verstärken“ sei.

Wir können Wilhelm II. für seine Erklärungen nur dankbar sein, liefern sie uns doch für unseren Wahlkampf eine wertvolle Unterstützung. Wir wissen nun, daß das Flottenweitrüsten weiter gehen soll. Wir wissen, daß die Riesenausgabe von 460 Millionen Mark, die uns unsere „aufblühende junge Flotte“ schon heute kostet, noch gesteigert werden soll. Wir erfahren, daß die vorübergehende Besserung unserer Reichsfinanzen nur ein Ansporn zu neuen weltpolitischen Ausgaben ist!

Daß Wilhelm II. auch der Meinung Ausdruck gegeben hat, die Konkurrenz der Nationen könne „in Frieden“ ausgekämpft werden, spielt schon deshalb keine Rolle, weil sie ja durch das Bekenntnis zu neuen Flottenrüstungen bereits gegenstandslos gemacht sind. Wer will den Friedensbeteuerungen glauben, wenn hinter den Friedensbeteuerungen das unserloseste Weitrüsten steht! Englands Friedensstimmung kann unmöglich zunehmen, wenn es durch neue Rüstungen abermals zu neuen Flottenrüstungen gezwungen wird, während ihm doch bereits die gegenwärtigen Flottenausgaben unerträglich erschienen! Und wie wenig die Auffassung, daß eine starke Flotte eine Garantie des Friedens bilde, in

Wirklichkeit zutrifft, beweist ja gerade Deutschlands Vorgehen in der Marokkofrage. Und haben wir nicht erst dieser Tage eine nationalliberale Auslassung festgenagelt, daß wir doch nicht umsonst ein starkes Heer und eine starke Flotte besäßen, sondern daß diese große und starke Flotte zu aggressivem und rücksichtslosem Vorgehen in weltpolitischen Dingen verpflichtet? Es ist also bestenfalls eine arge Selbsttäuschung, wenn man sich einbildet, durch Flottenrüstungen die Chancen des friedlichen Wettbewerbs auf handelspolitischem Gebiete erhöhen zu können. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die ungeheuerlichen Ausgaben für den Marinismus nötigen zu immer krasserer Steuer- und Ausplünderung der Masse, schaffen Unzufriedenheit im eigenen Lande und in den ausländischen Staaten. Diese Unzufriedenheit drängt zu inneren Konflikten und zu auswärtigen Abenteuer. So ist das Bekenntnis Wilhelms II. zu stärkeren Flottenrüstungen, sei es auch unbewußt, kein Bekenntnis zum Frieden, sondern das Bekenntnis zu einer Politik der inneren und äußeren Beunruhigung, zu einer Politik der Konflikte und Weltkämpfe!

Mögen die bürgerlichen Parteien immerhin versuchen, die Tragweite der kaiserlichen Proklamation von Hamburg durch allerhand Ausreden abzuschwächen — das deutsche Proletariat empfängt damit nur eine weitere kräftige Anregung zu dem energischsten Widerstand gegen die konfliktischwangere Beute- und Weltpolitik. Auch im Wahlkampf wird die Idee des wirklich friedlichen Wettbewerbs der Nationen auf kulturellem Gebiete mit dem Programm des Weitrüstens und der weltpolitischen Handel- und Beutepolitik, wird der Sozialismus mit dem Kapitalismus den entscheidenden Kampf zu bestehen haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nach dem Heiligen der Ritter!

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hat sich mit seinem im „Tag“ veröffentlichten Artikel, in dem er scharfe gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie verlangte, den Beifall seines Bruders im Schnapsblock, der „Deutschen Tageszeitung“ verdient. Sie schreibt:

„Der Abg. Erzberger hat durchaus recht. Wir sind nach den Erfahrungen der letzten Zeit zu der Überzeugung gekommen, daß die bestehenden Gesetze tatsächlich nicht mehr ausreichen. Sie müssen ergänzt und verschärft werden. Derartige Verschärfungen und Ergänzungen können aber nicht von den Parteien in irgend welcher Weise beantragt oder angeregt werden; es ist vielmehr Sache, Aufgabe und Pflicht der verbündeten Regierungen, Vorschläge zu machen, wie solche Revolutionsgelüste rücksichtslos niedergeworfen werden“ können. Gegenüber derartigen Gelüsten kann es keine Schonung geben, sondern nur die schärfste Rücksichtslosigkeit. Die Regierung darf den geeigneten Zeitpunkt nicht veräumen, sondern würde pflichtwidrig handeln, wenn sie dulden wollte, daß die drohende Gefahr uns über den Kopf wache. Früher hat die Zentrums-partei des Reichstages mitunter versagt, als die Regierung Vorschläge machte, in der Richtung vorzugehen, die jetzt vom Abg. Erzberger angedeutet wird. Nach den Ausführungen des genannten Abgeordneten darf wohl gehofft werden, daß das Zentrum künftighin seine Mitwirkung bei einer Verschärfung der bestehenden Gesetze nicht versagen wird.“

Viel tiefer kann das Zentrum nicht sinken, als es damit gesunken ist, daß es gegen den Schrei des Erzberger nach Ausnahmegeetzen keinen Widerspruch erhebt, also stillschweigend das Treiben dieses widerwärtigen Wichtigtuers billigt. Dabei stand das Zentrum zur Zeit des Kulturkampfes selbst unter einem Ausnahmegeetze, wie heute noch ein Ausnahmegeetz gegen die Jesuiten besteht. Daß man von der Regierung gesetzgeberische Vorschläge verlangt, läßt darauf schließen, daß sich die Schnapsblockpartei nicht mit eigenen Vorschlägen etwa die Finger verbrennen wollen. Zur Niedertracht gesellt sich noch die Feigheit — wirklich, die Schnapsblockbrüder erscheinen schöner mit jedem Tag.

Ein großes Zentrumsblatt gegen die Reichsfinanzreform!

Die Essener „Volkszeitung“, das verbreitetste Zentrumsblatt Deutschlands, klagte in ihrer Nr. 195 bitter über die Absicht der Tabakindustriellen Westdeutschlands, sämtliche christliche Tabakarbeiter auszusperren, weil es in Raldekirchen nicht gelungen

ist, zwischen den streikenden christlichen Tabakarbeitern und den Unternehmern eine Einigung herbeizuführen. Im Eifer des Plädoyers für die Sache der christlichen Tabakarbeiter läßt sich das Blatt zu folgender netter Kennzeichnung der Reichsfinanzreform hinreißen:

„Die Lage der Tabakarbeiter ist anerkanntermaßen seit der Finanzreform keine beneidenswerte. Soweit es sich übersehen läßt, haben die Fabrikanten durch anderweitige Arrangements ihrer gangbarsten Sorten längst das Publikum zum Träger der neuen Steuer gemacht. Wir könnten dafür genügend Beispiele anführen. Man hat die beliebtesten Zigaretten ein wenig kleiner gemacht, wie z. B. Loeser und Wolff, eine vielgefragte Marke, die früher 10 Pfg. kostete, während die gleiche Marke in der alten Größe heute 12 Pfg. kostet, also um 20 Prozent teurer geworden ist. In ähnlicher Weise haben sich die anderen Fabrikanten ebenfalls schädlos zu halten gewußt; man darf also getrost sagen, daß sie die neue Steuer in keiner Weise belastet. Wohl aber haben die Arbeiter, namentlich in der Zeit des Überganges erhebliche Einbußen erlitten, und unter dem allgemeinen Drucke, der auf der Tabakindustrie lastete, war an eine Aufbesserung der Lage der Arbeiter zunächst nicht zu denken. Wenn nun Tabakarbeiter mit Wünschen nach Aufbesserung ihrer Einkünfte kommen, so dürfte wohl eine sorgliche Prüfung solcher Wünsche am Plage sein und es erscheint bedenklich, sie durch eine Aussperrung, zumal des friedlichsten Teiles der Arbeiter zu beantworten.“

Die Beurteilungen der Finanzreform im Zentrums-lager selbst mehren sich. Die Eßener „Volkszeitung“ gibt zu, daß der Steuerraubzug von 1909 auf Kosten der Arbeiter erfolgte. Sie gibt weiter zu, daß die Entschädigung der Tabakarbeiter, die entgegen dem Antrage der Sozialdemokraten vom Zentrum befristet wurde, eine durchaus ungenügende war, denn wie sollte sonst die Lage dieser Arbeiter „seit der Finanzreform keine beneidenswerte“ sein. Sie gibt die Schröpfung der Konjunktur durch die Reichsfinanzreform zu und bekennt schließlich auch, daß die Arbeiter nur unter harten Kämpfen wieder zu der Lebensstellung kommen können, die sie vor der Reichsfinanzreform besaßen.

Hätte das große Zentrumsblatt dann noch hinzugefügt, daß alles dieses lediglich Folge der Zentrums-politik ist, die die Reichen vor der Erbschaftsteuer schützte, dann hätte es die volle Wahrheit gesagt, was man allerdings von einem Zentrums-organ nicht wohl erwarten kann.

Wasser auf die Mühle der Kriegshexen.

Aus Berlin wird gemeldet, daß in allen preußischen Munitionsfabriken durch kriegsministerielle Anordnung die Arbeitszeit um 10 Stunden pro Woche verlängert wurde.

Es ist zunächst die Bestätigung dieser Meldung abzuwarten. Trifft sie aber zu, so muß auf das entschiedenste gegen diese Anordnung protestiert werden. Wird sie doch schon von der kriegsministeriellen bürgerlichen Presse als Kriegsvorbereitung bezeichnet. An solche denkt ja doch in Deutschland ein vernünftiger Mensch heute im Ernste nicht!

Flottenverein und Kaiserrede.

Der Präsident des Flottenvereins, Großadmiral von Köster, hat zu der Hamburger Kaiserrede einem englischen Blatt erklärt:

„Meines Erachtens läßt die Kaiserrede zunächst nicht die Absicht zu, daß die deutsche Flotte über den Stand des Flottengesetzes erweitert werden soll. Dem Wunsch aller nationalgesinnten deutschen Männer aber würde es entsprechen, daß unsere Flotte zur Erfüllung der vom Kaiser gestellten Aufgaben genügend stark sei.“

Die Nähe der Reichstagswahl ließ es angebracht erscheinen, sich recht vorsichtig auszudrücken. Man weiß aber, daß gerade der Flottenverein längst einer weiteren erheblichen Vermehrung der Flotte das Wort redet. Die Panzerplattenlieferanten und die meisten der Leute, die an einer Vermehrung der Flotte Geld verdienen, gehören natürlich dem Flottenverein an, selbstredend bloß als „nationalgesinnte deutsche Männer“.

Zur drohenden Flichschneuerung.

Gegen die Nachrichten über eine noch nie erlebte Teuerung des Fleisches, die in wenigen Monaten einsehen werde, wendet sich die Korrespondenz der Landwirtschaftskammer in der Rheinprovinz.

Die Montagsausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“ hatte geschrieben: „Kompetente rheinische Landwirtschaftskreise versichern, innerhalb weniger Monate würden die Fleischpreise eine Höhe erreichen, wie nie zuvor. In großen Dürftigkeiten werden die Landwirte gezwungen, wegen völligen Futtermangels ihren Viehbestand gänzlich aufzugeben. Gegenwärtig werde viel Jungvieh geschlachtet.“

Hierzu bemerkt die genannte Korrespondenz:

„Zweifellos habe die anhaltende Trockenheit auch für die rheinischen Landwirte, namentlich im nördlichen Teile der Provinz, die Ernährung ihrer Viehbestände im kommenden Herbst und Winter sehr schwierig gestaltet. Aber es kann bestimmt erwartet werden, daß die Zahl derjenigen Landwirte, welche infolgedessen zu einer wesentlichen Herabsetzung ihrer Viehbestände gezwungen sind, nur eine geringe sein wird. Die fast überall reichliche und gute Heuernte in Verbindung mit der teilweise recht günstigen Ernte an Körnerfrucht wird die meisten Landwirte instand setzen, unter Zuhilfenahme von Kraftfuttermitteln ihr Vieh durchzubringen, namentlich wenn ein bald einsetzender ausgiebiger Regen das Einbringen von Herbstfütterstoffen ermöglicht. Die Landwirtschaftskammer hat bereits durch wiederholte Veröffentlichungen Ratsschlüsse dazu erteilt. Die Behauptung, daß gegenwärtig viel Jungvieh abgeschlachtet werde, steht im Widerspruch zu der Tatsache, daß die letzten Hauptfleischmärkte der Rheinprovinz nicht eine vermehrte, sondern eine abnehmende Beschäftigung mit Kalbern aufwiesen. Ebensovienig ist die Anzahl von Grosvieh zu unseren Schlachtmärkten in

letzter Zeit gestiegen, woraus geschlossen werden kann, daß eine erhebliche Abstoßung von Vieh wegen Futtermangels zurzeit nicht stattfindet.“

Die Billigkeitsgründe des Landrats.

In einer niederschlesischen Kreisstadt hat, wie dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben wird, die Tatsache ziemlich auffallen lassen, daß dem Verleger des dortigen parteilosen Blattes plötzlich durch den Landrat der Druck des amtlichen „Kreisblattes“, der die Arbeit sechs und vierzig Jahre hindurch zur Zufriedenheit ausgeführt hatte, laut Vertrag mit vierwöchentlicher Frist gekündigt und dem Herausgeber der dort neu erscheinenden konservativ-agrarischen Zeitung übertragen wurde. In dem landrätlichen Kündigungs schreiben ist ausgeführt, daß der Kreisauschuß aus „Billigkeitsgründen“ beschlossen habe, den neuen Drucker mit der Arbeit zu betrauen, „weil er sich schon mehrmals darum beworben habe“. Der Begriff „Billigkeit“ ist aber in diesem Fall nicht dahin zu verstehen, daß etwa der Preis für die Arbeitsleistung ein niedrigerer ist; es sind in dem neuen Vertrag durch den Landrat dieselben Vergütungen — 1200 Mark pro Jahr — beibehalten worden. Nach der Auffassung des Landrats und der Mehrzahl der konservativ-agrarischen Kreisauschußmitglieder ist es natürlich „billig“, daß nur ein Mann, der auf die konservative Fahne schwört, das amtliche Kreisblatt druckt. — Daß man etwa dem konservativen Parteiunternehmen eine Unterstützung zuschanzen wollte, kann natürlich nur jemand behaupten, der den preußischen Landrat nicht kennt.

Steigende Hoffnungen.

Die von einer Anzahl Kapitalisten ausgehaltene „Post“ schöpft in der Marokkofrage neue Hoffnungen. Sie schreibt:

„In den letzten Tagen ist Gott sei Dank die Sprache der offiziellen Blätter im Reiche eine energischer geworden, als wir seit Jahr und Tag leider gewöhnt waren. Hoffentlich gehen wir nun nicht fehl, wenn wir, durch dieses Aufhören des Flaumachens der Wilhelmstraßenorgane veranlaßt, daraus den Schluß ziehen, daß die deutsche Regierung fest entschlossen ist, alle anmaßenden Forderungen Frankreichs ohne weiteres zurückzuweisen. Wir stehen heute vor der eigentümlichen Tatsache, daß nicht wir an Frankreich Forderungen stellen, sondern daß die Republik, die entgegen den Bestimmungen der Algierasakte Marokko in sein Kolonialreich einverleiben will, von uns fordert, wir sollen das französische Protektorat in Marokko anerkennen. Aber die Annahme oder Ablehnung dieser oder einer ähnlichen Forderung wird sich Ende dieser Woche unser Auswärtiges Amt zu entscheiden haben, und wir haben die Hoffnung, daß, sollte Frankreich wirklich oben angebotene Ansprüche geltend machen, Herr von Rüdern-Wächter ohne weiteres die Verhandlungen abbricht und wirklich sich auf den Standpunkt stellt, sich an die Abmachungen der Algierasakte als nicht mehr gebunden zu erachten.“

Der ganze Erguß ist offenbar nur ein Föhler. Man hofft eine Erklärung des Auswärtigen Amtes provozieren und sich gleichzeitig wieder anbieten zu können. Aber immer noch hoffen die Geld- und Auftraggeber der „Post“ auf kriegerische Verwickelungen, bei denen sie Geld verdienen können.

Fortschrittliche Reichstagskandidatur.

Die Fortschrittler in Danzig stellten als Kandidaten den Kommerzienrat Otto Münsterberg auf. Der gegenwärtige Abgeordnete, Bankdirektor Mommsen, hatte eine Wiederaufstellung abgelehnt. Der Kreis ist den Fortschrittler keineswegs sicher, sobald nämlich konservative und Zentrum sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, kommen die Fortschrittler gar nicht mehr in die Stichwahl.

Abänderung der Konkurrenzklause.

Wie der „Manufakturist“ erfährt, ist die Regierung gegenwärtig mit den Vorarbeiten zur Herstellung eines Gesetzentwurfs beschäftigt, der einerseits den zahlreichen Klagen und Beschwerden über die Härten der Konkurrenzklause abhelfen soll, andererseits aber auch den Wünschen namentlich derjenigen Unternehmer Rechnung tragen soll, die ihre Waren selbst herstellen und auch selbst vertreiben und die sich durch Verrat ihrer Fabrikations- und Verkaufsmethoden durch ehemalige Angestellte für geschäftlich beeinträchtigt halten, was nach Lage der Sache schließlich auf eine Verschärfung der Konkurrenzklause hinauslaufen dürfte.

Vom Wahlkampf in Düsseldorf.

Der Kandidat der rechtsstehenden Parteien, Stadtverordneter Herkenrath, stellte sich am Montag in einer öffentlichen Versammlung den Wählern vor und erlebte dabei einen fürchterlichen Reifall, denn in der Höhe des Gesechtes versicherte er, daß er zum Kandidaten völlig ungeeignet sei. Nun sprang der antisemitische Reichstagsabgeordnete Behrens — der Blumen-Franz — in die Breiche, um ein Loblied auf die Politik des — Zentrums zu singen. Sonst erging sich dieser professionelle Arbeiterzerpflitterer nur noch in wüstem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie. Die Diskussion gestaltete sich so stürmisch, daß man es für nötig hielt, die Debatte gewaltsam abzubrechen. Dem Abg. Behrens war es in dem tosenden Lärm, den die Liberalen veranstalteten, nicht mehr möglich, die im Programm vorgesehenen gewesene Schlußrede zu halten.

Fortschrittliche Wetterfahnen.

Die Fortschrittler mittern Morgenluft; sie rechnen offenbar mit einer Fortsetzung des Marokkorummels, bei dem sich, im Falle man bei der Wahl kräftig mit dem Säbel zu raffen verstehe, im trüben fischen läßt. Zur großen Freude der „Post“, hat sich der fortschrittliche Pimper! Wichtig, Abg. Müller-Reiningen, in einer Versammlung in Salungen sehr scharf gegen die Zurücksetzung Deutschlands ausgesprochen. Er wandte sich gegen das Flugblatt der Berliner Parteileitung der Sozialdemokratie und versicherte, „wenn der Krieg uns aufgezwungen werden sollte, dann werde das deutsche Volk einzig seinen Mann stehen.“

Darauf wurde folgendes Telegramm an den Reichskanzler geschickt:

„Die in Bad Salzungen zahlreich versammelten patriotisch Gesinnten bitten den verantwortlichen Leiter der Reichspolitik, die deutschen Interessen in Südwest-Marokko kraftvoll zu wahren.“

Wenn Behnmann-Hollweg den fortschrittlichen Landsturm hinter sich weiß, kanns nicht mehr fehlen.

Die Reichstagswahl in Konstanz.

Die badische Regierung wird die Nachwahl für den verstorbenen Abg. Hug auf den 19. Oktober ansetzen. Über die Bestrebungen, eine Ersatzwahl zu verhindern, teilt die „Rölnische Zeitung“ mit:

„Es ist richtig, daß sowohl die nationalliberale Partei wie das Zentrum in Konstanz die Absicht gehabt haben, sich an das Reichsamt des Innern zu wenden und um Nichtanberaumung einer Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Hug zu bitten. Da aber die Demokraten und auch die Sozialdemokraten eine Beteiligung an diesem Vorgehen ablehnten, haben auch die Nationalliberalen ihren Plan aufgegeben.“

Somit bleibt dem Zentrum der Wahlkampf nicht erspart und diese Partei des Volksverrats wird auch dort von den Wählern die Quittung für ihre reaktionäre Tätigkeit erhalten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 30. August.

Achtung, Maler! Die Werkstelle Niset in Schlußputz ist nach wie vor wegen Nichtanerkennung des Tarifses gesperrt. Der Vorstand.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendet. Zu Zug ist aber trotzdem streng fernzuhalten da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Die Firma Kuehnen, Möbelgeschäft, Königstraße 65-67, ist wegen Tarifbruch für Tapezierer gesperrt. Kein Tapezierer fange dort an zu arbeiten.

Dem Gedächtnis eines großen Vorkämpfers der Arbeiterkasseler ist die Lassallefeier gewidmet, die morgen abend vom Sozialdemokratischen Verein im „Gewerkschaftshaus“ veranstaltet wird. Das Programm derselben ist reichhaltig und interessant. Die vereinigten Arbeiterkasseler Lübecks werden mehrere Kampflieder vortragen; weiter sind turnerische Ausführungen vorgesehen. Die Gedächtnisrede hält Genosse Stelling. Im zweiten Teil wird u. a. Herr Hofschäppler a. D. Blöß die große Schenkenszene aus Schillers „Die Räuber“ rezitieren. Ein Instrumentalkonzert, ausgeführt vom Muster-Fachverein, vervollständigt das Programm. Ein zahlreicher Besuch der Parteigenossen und deren Familien wird hoffentlich nicht ausbleiben.

Der Abwehrkampf der Konsumenten gegen die Milchverteuerung gibt der Hanja-Meierei Veranlassung zur Herausgabe eines Flugblattes, in dem sie auf den Futtermangel hinweist und dann ihre Produkte anpreist. In dem Flugblatt heißt es:

Wir halten es für unsere Pflicht, unserer werten Kundschaft die Mitteilung zu machen, daß die Klauen-seuche in den der Hanja-Meierei angeschlossenen Viehställen fast gänzlich erloschen ist. Einige Höfe, welche die Seuche noch haben, sind unsererseits streng von der Lieferung ausgeschlossen. Unsere werte Kundschaft braucht also im Milchkonsum in keiner Weise ängstlich zu sein, wir garantieren Lieferung gesunder Milch in jeder Beziehung. Die Tatsache, daß Milch trotzdem sehr knapp ist, bleibt ja allerdings bestehen, daran ist außer den Folgen der Klauenseuche besonders der enorme Futtermangel schuld, welcher die Landleute zwingt, ihr Vieh gegen alle Regeln schon jetzt von der Weide zu nehmen, und jetzt schon in den Stall zu bringen und dort zu füttern, was sonst erst Ende Oktober erfolgte. Da nun die im Vorfrühling gewonnenen Futtermittel keineswegs große sind, und die Winterporträte zur Durchfütterung sonst für den Winter bestimmt, infolge der verdorrten Weiden, schon jetzt, also 4-8 Wochen früher, in Anspruch genommen werden, steht den Winter hindurch eine geringe Fütterung des Viehes in Aussicht und ist eine bleibende sehr geringe Milchproduktion zu erwarten, da nur die wenigsten Landleute in der Lage sein werden, einen teilweisen Ausgleich durch Zukauf teuren Futters zu schaffen.

Wenn man auch die Existenz eines Futtermangels bis zu einem gewissen Grade als richtig anerkennen muß, so sind die daraus folgenden Konsequenzen, nämlich die Verlangung der Aufhebung der Zölle auf die notwendigen Futtermittel von den hinter der Hanja-Meierei stehenden Agrariern doch nicht gezogen worden. Die Herren tragen also selbst die Hauptschuld daran, wenn es nur wenigen Landleuten möglich ist, teures Futter zu kaufen, zumal die Futtermittelzölle auf das ausdrückliche Verlangen der Landbändler beschloffen sind trotz des Hinweises von sozialdemokratischer Seite, daß die kleineren Landwirte, die Viehzucht betreiben, dadurch schwer geschädigt würden. An das Eingeständnis des Flugblattes, daß die Klauenseuche größtenteils erloschen sei, hat die Hanja-Meierei die Mitteilung zu knüpfen unterlassen, daß damit ein Grund zur Verteuerung der Milch gefallen ist. Darauf möchten wir deshalb an dieser Stelle besonders aufmerksam machen. Das Flugblatt ist für uns ein Beweis mehr, daß infolge des Milchkrieges der Milchkonsum im allgemeinen und derjenige der Hanja-Meierei im besonderen stark zurückgegangen ist. Es gilt also, die Milch solange strikte zu meiden, bis die alten Milchpreise wiederhergestellt sind. Daß es möglich ist, auch gegenwärtig die Milch zu den früheren Preisen zu liefern, beweisen verschiedene hiesige Milchhändler, die den Fischzug auf die Taschen der Konsumenten nicht mitmachen. Und was diese können, können die übrigen auch.

Sehr hohe Kartoffelpreise. Nachdem Wochen hindurch der Ausfall der Kartoffelernte immer ungünstiger beurteilt worden war, sagt nunmehr der neueste wöchentliche Saatenstandsbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftskrates, daß nicht nur der Ertrag bei den frühen und mittelfrühen Sorten vielfach besser ausgefallen sei, als erwartet worden war, sondern daß der Regen auch die späten Kartoffeln erfrischt oder doch vor einer weiteren Verschlechterung bewahrt habe. Wenn sich so schon der Bericht des Deutschen Landwirtschaftskrates äußert, so kann man fast mit Sicherheit annehmen, daß die Kartoffelernte nicht so gering ausfällt, wie man es nach der Höhe der Kartoffelpreise annehmen sollte. Ist es aber ein Wunder, wenn die Händler und Verkäufer die Stimmung, die für eine Verteuerung so geschäftig vorbereitet worden ist, ausnützen und die Kartoffelpreise auf eine Höhe hinaufschrauben, die im Hinblick auf die ärmere Bevölkerung, für die der Kartoffelpreis

eine wichtige Rolle für den Ernährungsaufwand spielt, ernste Bedenken erregen muß? Die Notierungen der Kartoffelpreise in den Provinzialorten ergeben gegenüber August 1910 schon eine ganz beträchtliche Verteuerung. In den Orten Ostpreußens zahlte man für 100 Kilogramm im August 1910 4 bis höchstens 6 Mk., im Mai d. J. 4 bis 7 Mk., und im August 5 bis 8 Mk. Diese Steigerung ist schon scharf; aber die westpreussischen Orte zeigen schon eine größere Steigerung: im August v. J. notierte man 2,8 bis 5,5 Mk., im Mai 1911 3,0 bis 5,6 Mk., und im August 6,8 bis 10,0 Mk. Wie sich in den verschiedenen Landesstellen die Notierungen für 100 Kilogramm (einen Doppelzentner oder halben Zentner) im August 1910, im Mai 1911 und im August 1911 bewegten, das ergibt nachstehende Zusammenstellung:

	August 1910	Mai 1911	August 1911
Ostpreußen	4,0-6,0	4,0-7,0	5,0-8,0
Westpreußen	2,8-5,5	3,0-5,5	6,8-10,0
Posen	4,0	3,0-5,0	—
Schlesien	3,4-5,6	3,0-5,6	7,0-11,0
Pommern	2,5-5,0	3,7-5,0	5,8-8,0
Brandenburg	2,4-5,5	3,5-5,5	6,0-10,0
Sachsen	3,5-8,0	4,1-10,0	5,5-12,0
Schleswig-Holstein	5,2-8,0	6,0-9,0	6,5-10,0
Hannover	4,0-6,0	5,6-11,0	6,0-10,0
Westfalen	6,0-9,0	7,0-10,0	7,5-10,0
Westfalen	5,5-8,0	6,0-10,0	8,5-12,0
Baden	6,0-9,0	8,0-11,9	10,0-14,0

Es ist bei dieser Bewegung zu erwägen, daß die Preise des Monats Mai in diesem Jahre schon ziemlich hoch standen und daß mit dem Herannahen der neuen Ernte in der Regel eine Senkung der Preise zu erwarten ist. Wenn nun schon im Großhandel der Preis für ein Kilogramm Kartoffel bis auf 14 Pfg. hinaufgeht, dann kann man sich lebhaft vorstellen, daß im Detailhandel der Kartoffelpreis eine Höhe erreichen muß, die den Haushalt der arbeitenden Bevölkerung ganz empfindlich berührt. Gab es doch im Juli schon Klagen, an denen der Preis für Kartoffeln ebenso hoch stand, wie der Preis für ein Kilogramm Brot! In Spandau zum Beispiel kostete ein Kilogramm (zwei Pfund) Kartoffel im Juni noch 8, im Juli aber 20 Pfennig. Selbst wenn es sich um neue Kartoffeln handeln sollte, so ist der Preis, da alle Kartoffeln nicht mehr zu haben sind, ungewöhnlich hoch. Bromberg notierte im Juli gar 25 Pfennig! In Halle a. S. zahlte man im Detailvertrieb 22 Pfg., in Amberg 24, in Bayreuth 20, in Regensburg und Pforzheim ebenfalls 20, in Jena 24, in Weimar 20, in Straßburg und Sigmaringen gleichfalls 20 Pfg. für das Kilogramm. Das sind allerdings Klagen mit höchsten Notierungen. Familien mit einem Wochenverbrauch von 20 bis 30 Pfund Kartoffeln kann man fast als Regel annehmen. Ob das Kilogramm nun 10 oder 20 Pfennig kostet, fällt bei den Haushaltskosten ganz merklich ins Gewicht und nötigt meist zur Einschränkung der Ausgaben für Fleisch.

Diese Kartoffelpreissteigerung ist um so bedenklicher, weil gleichzeitig auch alle anderen Lebensmittel im Preis stark anziehen. Auf dem Lebensmittelmarkt hat eine wilde Spekulation eingesetzt, die alle Preise für die Volksernährungsmittel in die Höhe treibt. Das arbeitende Volk geht schweren Zeiten entgegen.

Die Kartellversammlung. Die am Dienstag, dem 29. August, im Gewerkschaftshaus tagte, nahm zunächst die Abrechnung der Kartellkasse und des Arbeitersekretariats vom zweiten Quartal entgegen; dieselben lagen gedruckt vor und wurden genehmigt. Von dem Überschuß des am 6. August stattgefundenen Gewerkschaftsfestes wurde beschlossen, dem Wahlfonds 100 Mk., der Ferienkolonne 50 Mk., dem Turnhallenbauverein 50 Mk., dem Jugendheim 50 Mk., der Genossenschaftsbücherei 50 Mk., der Waldschule 25 Mk., der Arbeiterbildungsschule 25 Mk., der Jüdischen Anstalt 25 Mk. zu überweisen. Ein Antrag, die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest gedruckt herauszugeben, wurde abgelehnt. Desgleichen auch ein Antrag der Hausangestellten um Gewährung von 60 Mk. aus der Kartellkasse. Über die vom Gewerkschaftskartell in diesem Winter zu veranstaltenden Vortragsabende wird die Kartellkommission in der nächsten Kartellversammlung Vorschläge machen. Ein Antrag, 500 Exemplare der Broschüre über die Neugestaltung der Arbeiterversicherung durch die Reichsversicherungsordnung vom Kartell anzuschaffen, wird dahin erledigt, daß diese den Gewerkschaften zur Anschaffung durch die Kartellkommission empfohlen wurde. Ebenfalls wird vom Vorsitzenden noch an die Bestellung der Protokolle vom Gewerkschaftsfest erinnert. Die Gewerkschaft der Böttcher zeigte dem Kartell an, daß sie in eine Lohnbewegung eingetreten ist. Die übrigen Sachen beanspruchen kein größeres Interesse.

Eine neue Briefmarke — Verbilligung des Nachnahmeverkehrs bei der Post. Eine neue Briefmarke wird von der Reichspost demnächst ausgegeben werden. Auch Bayern wird eine entsprechende neue Marke zur Ausgabe bringen. Die neue Marke erhält den Wert von 60 Pfg. Die Postverwaltung entspricht damit einem alten Wunsche der Handelwelt. Die Sechzigpfennigmarke wird besonders von Versandgeschäften gewünscht, die regelmäßig gewöhnliche Pakete mit Nachnahme versenden, für die bis zum Gewicht von 5 Kilogramm Porto und Nachnahmegebühr 60 Pfg. bezahlt. Mit Rücksicht auf die erhebliche Zahl der von den Postanstalten zu verwaltenden Postwertzeichen, Versicherungs- und Stempelmarkten wird die Freimarke zu 60 Pfg. nur bei solchen Postämtern bereitgehalten werden, wo sie vom Publikum häufig verlangt oder zur Frankierung von Postsendungen gebraucht werden. Dasselbe geschieht künftig auch mit den Marken zu 80 Pfg. und 1 Mk. Im Nachnahmeverkehr ist eine wesentliche Erleichterung durch einen neuen Beschaid des Reichspostamts eingeführt worden. Die Einziehung von kleineren und größeren Beträgen erfolgt neuerdings mehr und mehr mit Hilfe von Nachnahmefarten als Druckfache. Die ganze Nachnahme kostet so nur 18 Pfg. Eine Schwierigkeit bestand bisher darin, daß derartige Nachnahmen auf die Rechnung oder die vorherige Anzeige der Nachnahme sich beziehen mußten, die man genötigt ist, handschriftlich einzutragen. Das Reichspostamt hat jetzt entschieden, daß Nachnahmefarten mit dem Vordruck „Laut Anzeige (oder Rechnung vom ...“ auch bei handschriftlicher Angabe des Tages zur Beförderung gegen die Druckfachen zugelassen sind. Es bedeutet dies für viele Fälle eine Verbilligung der Nachnahmen, da sonst das Porto für Postkarten zu entrichten wäre.

Entwendete Panamahüte. Innerhalb der letzten drei Wochen sind aus einem hiesigen Herren-Woden-Geschäft 25 Panamahüte in der Größe von 54-58 Zentimeter Kopfwerte im Werte von 600 Mk. abhandlungelommen und vermuthlich gestohlen worden. Für die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 100 Mk. ausgesetzt.

Diebstahl. Am 27. d. M. zwischen 9¼ und 10¼ Uhr ist in der Badeanstalt im Krähentich ein rotbraunes Portemonnaie, enthaltend 30-40 Mk. und einen Brillantring im Werte von 180 Mk. abhandlungelommen und vermuthlich gestohlen.

Warnung vor einem Schwindler. Ein unbekannter Schwindler, anscheinend ein Händler mit Büchern und Wesen, sucht auf folgende Weise in hiesiger Stadt seine Waren zu vertreiben: Er benützt die Abwesenheit des Geschäftsinhabers,

schwindelt den Angestellten vor, der Chef habe einen Haarbellen bei ihm bestellt, den er bei sich führt, und sofort gegen Zahlung von 3 Mk. abliefern.

Der Schwindler. Der am 28. d. M. Kindern auf der Straße Geldbeträge abgenommen hat, wurde in der Person eines in Lockstedt bei Hamburg wohnhaften Barbierlehrlings ermittelt und festgenommen.

Internationale Ringkämpfe im Hansa-Theater. Am Dienstagabend betraten Hansen (Dänemark) und Buchheim (Sachsen) zum catch-as-catch-can (freier Ringkampf) die Bühne. Hansen zeigte sich als Meister in dieser Kampfsportart und siegte in 7 Minuten durch Scherengriff. Müller (Bayern) besiegte den Neger Mourzouf in 18 Minuten. Zum Schluß gab es einen Kampf zwischen Michailoff und Reglin. Nach einer Gesamtzeit von 1 Stunde 14 Minuten siegte Michailoff durch Armzug am Baden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Mit der Wiederholung von „Wiener Blut“ findet die Operettenspielzeit ihren Abschluß, auch die Damen Schönberger, Hoffmann, die Herren Redwitz und Stowe werden sich verabschieden. Die Preise für diesen Abend sind auf 75 und 50 Pfg. ermäßigt. Am Freitag geht der französische Schwanzschlager „Theodore u. Cie.“, der überall große Triumphe feiert, erstmalig in Szene. Der „Volkswille“, unser hannoversches Parteiorgan, schreibt: Am Sonnabend kamen im Deutschen Theater wohl sämtliche Besucher des ziemlich gut besetzten Hauses auf ihre Kosten, denn nicht nur diejenigen, welche um jeden Preis lachen wollen, fanden dazu ausgiebige Gelegenheit, sondern auch der vermehrte und anspruchsvollere Zuschauer konnte an der originellen, mit allen Mitteln glänzender Bühnentechnik durchgeführten Fabel, der faszinierenden Situationskomik, sowie dem flotten Dialog, der sich von der gemeinen Jote freihält, aber auch durch eine Fülle guter Witze und Wortspiele, sowie pittoresker Eins- und Zweideutigkeiten gewürzt ist, seine helle Freude haben, denn das Gerücht ist so schmackhaft und leicht verdaulich zubereitet, wie es eben nur die französischen Schwanzstücke verstehen. Alle heiklen Situationen und Bitanterien werden mit echt französischer Leichtigkeit und Grazie übersprungen, so daß, wenn auch die Darstellung dezent ist, die Eindrücke des Schwantes nur erfreulicher Art sind und das Publikum aus der fröhlichen Stimmung den ganzen Abend nicht herauskommt.

Hamburg. Totalverlust eines Hamburger Segelschiffes. Nach einem aus Antofagasta eingegangenen Telegramm ist die von Cardiff nach Valparaiso bestimmte Hamburger Viermastbarke „Thekla“, der Reederei G. J. D. Siemers u. Co. gehörig, bei Falke Cove gestrandet und total wreck geworden. Das Hamburger Schiff „Nebel“ hat neun Mann der Besatzung gerettet, fünfzehn weitere Leute haben die Küste der Strandungsstelle erreicht und sieben Mann sind ertrunken. — Schwere Baunfall. Bei den Aufgrabungsarbeiten für das große Ziel an der Ecke der Albiestraße und Bahnenfelder Chaussee in Altona stürzte gestern mittag ein dort aufgestellter Kran zusammen und begrub die an demselben hantierenden Arbeiter Jacob Spänzig aus der Vereinsstr. 44 in Hamburg und Valentin Bitterstein, in der Marthastraße 14 in Hamburg wohnhaft, unter sich. Der erstere trug Rippenbrüche und Wunden am Bein davon, der letztere innere Verletzungen. Beide wurden durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr in das städtische Krankenhaus gebracht.

Kiel. Spionagerie. Gestern vormittag wurden an Bord des in Kolding beheimateten dänischen Motor-Fischerbootes „Delphin“ zwei an Bord befindliche Engländer, die sich als Studenten ausgaben, wegen Verdachts der Spionage verhaftet. Das Fischerboot wurde an die Kette gelegt. Das dänische Fischerboot war schon vorgestern, wie die „Kielener Zeitung“ berichtet, in der westlichen Ostsee mehrfach bemerkt worden und hatte sich dadurch verdächtig gemacht, daß es sich fortgesetzt in der Nähe der übrigen Hochseeflotte aufhielt. Als es gegen Abend in der Richtung nach Kiel ablegte, erging von der Flotte ein Funkpruch nach Kiel, das Boot festzuhalten und zu untersuchen. Gestern früh begaben sich zwei Beamte der politischen Polizei an Bord des Fahrzeuges. Sie durchsuchten das Boot und verhafteten die beiden angeblichen englischen Studenten und den dänischen Schiffer. Das gefahrgarabte in dem Augenblick, als das Boot schon wieder Segel gesetzt hatte und im Begriff war, aus dem Hafen hinauszufahren. Mit Hilfe des Polizeibootes, mit dem das Segelfahrzeug leicht überholt wurde, wurde dieses veranlaßt, beizubringen und dann wurde es zwischen den Duc d'Alben festgelegt. Die beiden verhafteten Engländer, die anscheinend doch älter sind, als Studenten zu sein pflegen, und der Besitzer des Bootes wurden zum Verhör nach der Polizeiwache gebracht. Die Verhafteten sind mit dem Fahrzeug schon seit mehreren Tagen unterwegs. Sie besuchten vorher Sonderburg und Flensburg, waren dann auf der Schlei und fuhren darauf nach Kiel. Sie treten sehr bestimmt und fest auf. Die Verhafteten erklären, daß sie eine Bergungsmaschine machen und über Faaborg und Svendborg nach Kopenhagen wollten. Der eine gab an, Professor, der andere Oberlehrer und Leiter einer englischen Jugendwehr zu sein.

Flensburg. Gehobene Ordnungssäule. Die Strafkammer verurteilte gestern den 56jährigen, früher in Londern tätigen, jetzt in Hamburg wohnenden Kreisaußschuß-Sekretär a. D. Ludwig Martensen, der in den letzten zehn Jahren zum Nachteil der Kreisbankenkasse in Londern 25 000 Mark unter Verschlag und diese für sich verdrachte, zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr drei Monate und sofortige Verhaftung beantragt. Von der Verhaftung wurde vorläufig abgesehen.

Stenoberg. Vom Blitz erschlagen. Über die hiesige Gegend entlud sich ein Gewitter, das starken Regen brachte. In Diedrichshof schlug der Blitz in den Schornstein eines dreiflügeligen Rathens und tötete die am Herde stehende Frau des Arbeiters Genning, während ihr daneben stehendes Kind unverfehrt blieb. Dann fuhr der Blitz durch die Wand in die zweite Wohnung, verwundete die Arbeiterfrau Hamann am Hals und lähmte ihr die rechte Seite. Die Getötete hinterläßt drei Kinder.

Leterow. Ertrunken. In Blücherhof hatte sich der etwa 12jährige Sohn des Wahnwärters Krüger ein Floß angefertigt und fuhr auf demselben am Ufer des großen Dorfes hin und her. Dabei geriet er über die erlaubte flachgründige Uferstelle hinaus, das Floß kam durch einen widrigen Umstand zum Kentern, und der Knabe versank in die Tiefe, ohne wieder zum Vorschein zu kommen. Es wurde sofort mit Netzen nach dem Verunglückten gesucht, leider ohne Erfolg.

Neukirchen. Zum Kapitel der Landarbeiterflucht! Ein krasser Fall von der Rechtslosigkeit der Landarbeiter machte in letzter Zeit in dem Orte Mallwig, Gemeinde Neukirchen, viel von sich reden. Der Arbeiter Schmidt, der bei dem Besitzer des Jagenhofs in Arbeit stand, wurde, seiner Meinung nach, mit anderen Arbeiten als ihm zustand, beschäftigt. Da er morgens von 4 Uhr abends bis 9 und 10 Uhr die Pferde füttern mußte, glaubte er ein Anrecht zu haben, auch mit den Pferden zu arbeiten. Am 25. Juli befragte er den Verwalter, der ihm zur Ant-

wort gab, wenn es ihm nicht passe, könne er gehen. Daraufhin ging Schmidt zunächst wieder an seine Arbeit, aber nach dem er sich die Sache überlegt hatte, ging er davon. Nachdem die Arbeit verlassen wurde, wurde ihm sofort die Wohnung gekündigt. Nach achtstündigem Suchen hatte er noch keine Wohnung, wohl aber Arbeit in Barlau gefunden. Am 16. August kam der Verwalter Tortuhl zu der Frau Schmidt, um sie aus der Wohnung zu weisen. Die Frau, die ihm den Weg ins Haus wehren wollte, wurde zurückgestoßen und, wie selbige aussagt, auf die Füße getreten. Am gleichen Abend kam der Herr L. wieder, begleitet von zwei Knechten und einem Arbeiter, brach die Tür zur Wohnung gewaltsam auf, die er verschlossen vorfand (denn die Frau des Arbeiters war zum Eingehen gegangen), ließ Betten und Möbel vor die Tür werfen, vernagelte dieselbe und hängte außerdem ein großes Vorhängeschloß davor. Dann sollte der Stall ausgedrückt werden und Schweine und Ziege herausgelassen werden. Da aber der Arbeiter L., den der Verwalter mitgebracht hatte, sich weigerte, wurde davon Abstand genommen. Der Bauernvogt Bruhn, den die obdachlose Frau um Unterkunft ersuchte, erklärte kein Obdach für sie zu haben und der Armenhausverwalter Lwe, zu dem sie dann ging, berief sich darauf, er müßte erst dazu beauftragt werden, ehe er ihr ein Unterkommen geben könne. Die Frau war somit gezwungen, in der Wirtschaft zu übernachten. Ein Einigungstermin, von dem Gemeindevorsteher Holz in Göhren auf den 21. August angesetzt, blieb erfolglos, da der Verwalter L. es nicht für nötig befand, dort zu erscheinen. Die Leute mußten nunmehr versuchen, den restierenden Lohn von etwa 60 Mark, der ihnen verweigert wurde, sowie eine Entschädigung für die ruinierten Möbel, von denen auch nach Auftrage der Frau einiges spurlos verschunden ist, auf gerichtlichem Wege zu erlangen. Als Lohn bekam Schmidt fährlich 420 Mk., 2 Fuder Fuchsholz, 60-70 Ruten Kartoffelfeld, ein Fuder Fiegenheu, das er aber selber bearbeiten mußte, und freie Wohnung mit Gartenland; die Wohnung besteht aus Küche, Stube und einer kleinen Speisekammer. — Ein Kommentar zu diesem Vorfalle, der für sich selbst spricht, erübrigt sich wohl; den werden unsere Leser sich selbst machen.

Nordenham. Der Kampf gegen den Unternehmer-Arbeitsnachweis in Nordenham ist unter dem zurzeit geltenden Tarifvertrag im Waageverhältnis sehr kompliziert, denn es darf gegen die Unternehmer weder mit Streiks noch Sperrern vorgegangen werden. Die Unternehmer glauben, daß durch verschiedene von den Zweigvereinsvorständen des Bauarbeiterverbandes unterzeichnete Aufforderungen in den Parteiblättern, in denen vor Zugzug nach Nordenham gewarnt wurde, der Arbeitsnachweis gesperrt worden sei. Sie hatten wiederholt dem Bezirks-Schiedsgericht in Bremen, zuletzt am 24. ds. Mts., diese Frage zur Entscheidung unterbreitet, in dem Erwarten, daß durch das Urteil deselben dem Kampf dort ein für sie günstiges Ende bereitet würde. Das ist jedoch nicht erreicht worden, denn der Spruch geht dahin, daß der Arbeitsnachweis in jeder Weise bekämpft werden kann, nur darf der Zugzug nach dem Ort selbst nicht fern gehalten werden, wohl aber nach dem Arbeitsnachweis am Orte. Verboden ist nach dem Vertrag der Entscheidung folgender Wortlaut: „Zugzug nach Nordenham ist fernzuhalten, weil dort der Arbeitsnachweis gesperrt ist.“ Erlaubt ist dagegen die folgende Fassung: „Der Zugzug nach dem gesperrten Arbeitsnachweis in Nordenham ist fernzuhalten; angesetzt wird in Nordenham nur durch den Arbeitsnachweis.“ Von den Anwerbungen durch Agenten, die in Berlin, Hannover und anderen Städten für die Nordenhamer Unternehmer tätig sind, wird ebenfalls gewarnt; sie werden nämlich für den gesperrten Arbeitsnachweis in Nordenham. Niemand lasse sich durch diese Agenten für Nordenham anwerben, denn die Anwerbenden sollen die Klage der Maurer und Bauarbeiter, die in Nordenham arbeitslos sind, weil sie den Arbeitsnachweis nicht benützen wollen, belegen. Sie sollen also Streikbrecher in Nordenham dienen.

Bremen. Erfolgreicher Tariffkampf im Schlachtermgewerbe in Bremen. Anfang d. J., als der Zentralverband der Fleischer mit Erfolg eine intensive Agitation unter den Fleischergesellen in Bremen vornahm, verjagte die dortige Schlachterinnung durch Vorlegen eines Reverses den Gesellen das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Dieser verjagte Koalitionsraub erbitterte die Arbeitererschaft derartig, daß sie den Boykott über die Koalitionsrechtsräuber verhängte. Nachdem der Boykott mit aller Schärfe geführt war, — schon war die Viehhersorgung für die boykottierten Meister in die Wege geleitet — kapitulierten die Innungsscharfmacher, indem sie durch den Gewergerichtsvorstand um Beilegung des Boykotts nachsuchten. Eine Einigung kam zustande, nachdem die Schlachtermeister sich dazu verpflichteten, das Koalitionsrecht der bei ihnen beschäftigten Gesellen in keiner Weise zu beeinträchtigen, insbesondere auch den Gesellen beim Eintritt in den Zentralverband der Fleischer keine Hindernisse in den Weg zu legen. Diesen glatten Sieg der organisierten Arbeiter konnten die Innungsscharfmacher nicht verwinden, sie fanden deshalb auf Rache. Am nun nicht gegen die getroffene Vereinbarung zu verstoßen, die Organisation aber trotzdem aus Bremen zu verdrängen, modelten einige Innungsführer mit dem Gesellenbrüderchaftsvorstand, einem dem Norddeutschen Fleischergesellen-(Arbeitswilligen)-Bund angeschlossenen Verein, sogenannte Arbeitsbedingungen zusammen, die für sämtliche Meister und Gesellen Geltung haben sollten. Mit diesen Arbeitsbedingungen, die eine 13- bis 14stündige Arbeitszeit vorsehen, wollte man der Öffentlichkeit beweisen, daß es zur „Regelung“ der Arbeitsverhältnisse im Schlachtermgewerbe keiner freien Gewerkschaft bedarf. Die Organisationsleitung des Schlachterverbandes kam aber diesem heimtücklichen Schlag zuvor. Sie mehrte ihn ab, indem sie der Innung sofort ihrerseits einen zeitgemäßen Arbeitsvertrag vorlegte. Eine Verhandlung darüber wurde, wie vorauszusehen war, mit der Begründung abgelehnt, daß die Innung nur mit dem gesetzlichen Vertreter der Gesellen, dem Gesellenausschuß, verhandeln dürfe. Die Organisationsleitung hatte schon damit gerechnet und übersandte sofort allen Meistern einzeln die Tarifverträge. In der kurzen Frist von zwei Tagen befreiwilligen über ein Drittel der Schlachtermeister den Tarif der Organisation, was umso erfreulicher ist, weil damit auch bei all diesen Meistern der Arbeitsnachweis des Verbandes anerkannt ist. Erbitterter daß der Innungsscharfmacher gegen die Arbeiterorganisation hat also bewirkt, daß sich 107 Schlachtermeister durch Anerkennung des Organisations-Tarifses den notwendigen gewerblichen Frieden sicherten. Weitere werden voraussichtlich folgen. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Schlachtermgewerbe, namentlich bei Kleinmeistern, die man vor wenigen Jahren noch als für etwas ganz Unmögliches hielt, ist somit erreicht. Sicher wird es weiter so vorwärts gehen, weil auch die Fleischergesellen in letzter Zeit sich mehr und mehr von der Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses in dem Zentralverband der Fleischer überzeugen lassen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Sitzstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Montag, dem 28. August, ist unser Mitglied, der Kollege **Wilhelm Kließ.**

Seine feinen Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstags vorm. 9 1/4 Uhr von der Kapelle des Borwerker Friedhofs statt.

Die Mitglieder versammeln sich präzise 9 1/4 Uhr im „Weißen Hirsch“. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Ein Logis zu verm.

Brolingstraße 8. I.

Besseres möbliertes Zimmer zu vermieten, monatl. 16 Mk. Dasselbst ein Zimmer, 2.50 Mk. die Woche Westhoffstraße 1. I.

Zu sofort oder später Kottwitzstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres Kottwitzstraße 38, pt., r.

Junge Frau wünscht Kontor zu reinigen oder leichte Beschäftigung bei sich im Hause. Wng. u. C E an die Exp. d. Bl.

Gesucht ein Alleinmädchen nach Hamburg. Zu melden zwischen 9 und 12 Uhr vorm. bei S u m p e l, Falkenwiese 1. III.

Sofort 400 Mark von reellem Handwerker gesucht. Rückzahlung bis Neujahr und 50 Mark mehr. Angeb. unt. J N a. d. Exped. d. Bl.

Unter d. Schutz d. D. R. P. 100972 mit Süßer Mandelmilch verbuttert

Sanella ersetzt Butter vollkommen in allen Verwendungsarten

Sanella

Mandelmilch

Pflanzen-Butter-Margarine

Sanella eignet sich sowohl zum Streichen auf Brot als auch zur Zubereitung aller Speisen & Backwaren.

Alteste Pflanzen-Margarine-Fabrik Sana-Gesellschaft in M. Meyer

Preis 90 Pfg. pro Pfund.

Fabrik-Niederlage: Köhl & Davidsen, Lübeck, Braunstraße 38.

2 engl. Bettstellen mit Sprung, 1 Divan m. Moquette, reelle Polster- u. Tapezierarbeit, zu verkaufen. Zanger Lohberg 28, I.

1 Heubauer mit 2 Weibchen, Singfinken u. Bauer, 1 Trauerhut, 1 H. Küchenschrank u. Tisch zu verkaufen. Warenroverstraße 64, III.

Ein guterhalt. dunkelbl. Sitz- u. Liegewagen m. Gummireifen billig zu verkaufen. Arminstr. 42.

Junge Milchziege billig zu verkaufen. Rabenstraße 20, Burgtor.

Gute Schürzen, 2 Pfd. 80 u. 35 Pfg., gute gr. Kochäpfel, 2 Pfd. 80 Pfg. empf. C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei des Ldb. Volksboten.

Butter

ist unerschwinglich teuer!

Probieren und kaufen Sie jetzt: **Van den Bergh's**

berühmte, beliebte und bewährte Margarinc-Marken

Vitello Cleverstolz

per Pfd. 80 Pfg. per Pfd. 90 Pfg.

Unerreicht (leicht gesalzen) per Pfd. 100 Pfg.

Original-Fabrik-Marken Feinste Qualitäten Beim Einkauf fordere man obige Marken.

Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Linie Huxterdamm—Schwartau.

Fahrplan für Monat September:

Ab Huxterdamm: Nachmittags 1.30 2.45 4.15 u. 6.15 Uhr.
Ab Schwartau: Nachmittags 2.15 3.20 5.25 u. 7.15 Uhr.



Wie Pilze erscheinen Angebote in billigen Nähmaschinen und Fahrrädern. Lassen Sie sich dadurch nicht verblüffen, sondern kaufen Sie am Platze bei der anerkannt soliden Firma

Heinr. Körner

Große Burgstraße 23.

Fernsprecher 1685.

Billigste Preise. — Weitgehendste Garantie. — Reelle Bedienung. — Auf Wunsch Teilzahlung.

Bungeischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:

H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Käse! Käse! Käse!

3 große Partien vollfetten und fetten Silfiter 45 und 55 Pfg.

Kleinverkauf vom Engros-Lager Fleischhauerstr. 48.

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie, brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Flußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

Friedr. Meyer & Comp.

Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München 2 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probeprobe vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München sollte es verkümmern, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Lassalle-Feier

bestehend in Rezitationen, Festrede, turnerischen Aufführungen, Gesangs-Vorträgen und Konzert unter Mitwirkung des Hofschauspielers a. D. Blöss, des Arbeiter-Sängerbundes und des Arbeiter-Turnvereins **am Donnerstag, dem 31. August 1911 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pfg. Saalöffnung 7 1/2 Uhr.

Das Komitee.

Karten sind zu haben im Parteisekretariat, in der Expedition des „Ldb. Volksboten“, im Gewerkschaftshaus, bei Karl Wittkoot, Gustav Ehlers und Fr. Lender, Huxterstraße, sowie bei den Boten der Partei.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Künstl. Zähne

Plombieren, Zahnziehen, Reinigen etc.

EMIL SIETZ, Zahn-Atelier,

Huxterdamm 4, II.

Willy Koch

:: Zahntechniker ::

Lübeck, Holstenstrasse 21.

Tilsiter Fettkäse Pfd. 20 Pfg.

Käselager Schiumacherstr. 12.

Gejangverein der Zimmerer.

69	84	115	116	194	226
262	265	292	335	348	379
399	401	414	432	447	467
505	507	508	515	542	549
596	617	664	725	736	802
816	833	859	886	939	965
966	969	1013	1068	1071	1125
1190	1215	1224	1245	1251	1265
1309	1334	1343	1361	1362	1369
1405	1437	1438	1439	1451	1483
1507	1538	1539	1562	1564	1583
1619	1630	1649	1650	1670	1703
1712	1714	1723	1747	1771	1800
1803	1814	1824	1825	1845	1891
1899	1911	1940	2012	2030	2060
2077	2177	2242	2248	2262	2311
2357	2380	2436	2438	2451	2452
2458	2498	2594	2640	2739	2783
2785	2787	2801	2811	2846	2856
2858	2862	2889	2909	2917	2918
2938	2973	2994	3015	3023	3072
3074	3082	3132	3137	3175	3176
3188	3195	3204	3211	3291	3333
3399	3426	3463	3471	3491	3589
3608	3682	3758	3821	3835	3839
3846	3857	3859	3860	3871	3884
3954	3960	3961	3999		

Die Gewinne sind abzuholen am Mittwoch, Donnerstag und Freitag abends von 8—9 1/2 bei Joh. Mohr, Hundestraße 101. Gewinne, welche bis zum 9. September nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse **Der Vorstand.**

NANSA THEATER

Mittwoch, den 30. August

Konzertanfang 8 Uhr.

Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Schlusskämpfe.

Entscheidungskampf

Regin (Lübeck) vs Müller (Bayern)

Entscheidungskampf

Michailoff (Rußland) vs Mourzouk (Marokko)

Mourzouk hat gegen seine Niederlage von Michailoff protestiert mit der Begründung, daß er auf unfairer Weise besiegt sei. Das Schiedsgericht hat daraufhin den Kampf annulliert und für heute denselben bis zur Entscheidung angelegt. **Vorverkauf bei Sager.**

Stadthallentheater.

Donnerstag 8 Uhr. 72. Ab.-Vorst.

Lezter Operettenabend.

Leztes Gastspiel Fritz Redwig.

Leztes Auftreten Gisi Schönberger, Wanda Hoffmann u. Ferry Stone.

Wiener Blut.

Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß

75 Pfg. und 50 Pfg.

Freitag: Zum ersten Male:

Theodore & Cie.

Schwanz in 3 Akten

von Plancy und Armut.

Sonnabend: **Des Königs Befehl.**

Die Macht einer Elektrobank.

Die freie Schweiz wird gern zum Domizil solcher Aktienunternehmungen gemacht, denen die Gesetzesanforderungen, die Deutschland stellt, sagen wir einmal, überflüssig erscheinen. Die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich ist ein solches Unternehmen. Es gehört zum Konzern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Berlin. Wie weit die Macht dieses Sechzig-Millionen-Franks-Unternehmens, das doch wieder nur eine Tochtergesellschaft der A. E. G. ist, reicht, zeigt der jetzt eben erschienene Geschäftsbericht für das letztvergangene Jahr. Wir wollen nur einmal kurz aufzählen, wo und was für Interessen dieses Unternehmens überall stecken. Wir werden gleich mit anfügen, was die einzelnen Unternehmungen dem Mutter-Institut, das allerdings auch nur wieder eine Tochter der A. E. G. ist, im vergangenen Jahre gebracht haben.

Die Offizine Electriche Geneveise in Genua konnte 10 Prozent Dividende verteilen. Hier sei eingefügt, daß die Aktienmajoritäten aller der aufzählenden Gesellschaften in den Händen der Züricher Elektrobank sind. Die Compania Sevillana de Electricidad in Sevilla verteilte 8 1/2 Proz. Das Geschäft der Compania Barcelonesa de Electricidad in Barcelona war befriedigend. Die Kraftübertragungswerke Rheinfelden A. G. vergrößerten sich. Die von der Deutsch-Überseeischen Elektrizitätsgesellschaft betriebenen Unternehmungen weisen eine Steigerung der Erträge auf. Die Märkischen Elektrizitätswerke A. G. in Berlin nahmen eine befriedigende Entwicklung. Die Gesellschaft für elektrische Beleuchtung vom Jahre 1886 in Petersburg ist in der Lage unverändert. Die Societa Meridionale di Electricita in Neapel ermäßigte die Dividende um ein Prozent, weil eine ihrer Tochterunternehmungen wegen der Cholera keine Geschäfte machte. Die Societa Idroelectrica Figure in Mailand konnte ihre Dividende steigern. Auch die Societa Electrica Apuana in Carara konnte ihre Erträge steigern. Die Compagnie Centrale d'Electricite in Paris rechnet mit einer angemessenen Verzinsung. Die Elektrochemischen Werke G. m. b. H. in Bitterfeld entwickeln sich wieder aufwärts. Die Brandenburgische Carbid- und Elektrizitätswerke A. G. in Berlin hofft ihre Dividende erhöhen zu können. Die „Nitrum“ A. G. in Bobio (Lessin) vergrößert ihre Luftstickstoffgewinnungsanlagen. Das gleiche tut die „Dinamo“ Soc. Italiana per Imprese Electriche in Mailand.

Dies sind aber längst nicht sämtliche Geschäfte, welche durch die Elektrobank dirigiert werden. Es sei nur daran erinnert, daß es die Elektrobank Zürich war, welche kürzlich die Lahmeyerunternehmungen verschlang. Wenn dies Unternehmen bei solchem Geschäftsgang 10 Prozent Dividende verteilt, ist dies nicht weiter verwunderlich. Zudem ist es ein öffentliches Geheimnis, daß die stillen Rezerden gerade solcher Unternehmungen in die Millionen gehen. Es braucht nur beachtet zu werden, daß die Elektrobank nahezu alle Aktien der ihr nahestehenden Gesellschaften in den Büchern nur zum Nennwerte führt, während sie doch in Wirklichkeit mit viel höherem Kurswert verkauft werden können. Im vergangenen Geschäftsjahre sind etliche Verkäufe dieser Art erfolgt, sie warfen natürlich stets einen anständigen Nebengewinn ab.

Interessant ist auch, zu beobachten, wie die jetzt erst

in den A. E. G.-Konzern eingegliederten Lahmeyerwerke nach allen Regeln der Risikoverteilung und der Schaffung von Kursgewinnen in das Netz der Aktientransaktionen hineingezogen werden. Die Verwaltung der Elektrobank hat die im Besitze der Lahmeyerwerke befindlichen Aktien der Felten u. Lahmeyer Karlsruhwerk A. G. übernommen und dafür das gesamte Aktienkapital der Rheinischen Elektrizitätswerke A. G. ausgetauscht. Dazu hat sie noch einen Posten von Aktien der Deutsch-Überseeischen Elektrizitätsgesellschaft und der Kraftübertragungswerke Rheinfelden an die Lahmeyerwerke abgegeben. Das Prinzip bei solchen Geschäften ist immer das, das Risiko an jeder einzelnen Gesellschaft auf möglichst viele andere zu verteilen. Sollten bei ungünstig werdenden Zeiten wirklich Aktien eines solchen Unglückswurmes in den Portefeuillen der verbundenen Gesellschaften sein, so läßt sich bei der vielfachen Verteilung des Verlustes der ganze Zusammenbruch leicht ertragen. Die Elektrobank Zürich bietet eine treffende Illustration der schon durchgeführten Elektrovertrüftung!

Aus der Partei.

Die Landeskonferenz für das Herzogtum Braunschweig fand am 27. August in Langelsheim a. S. statt. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Organisation gute Fortschritte machte. Am Schlusse des Geschäftsjahres hatten die drei Kreis-Organisationen des Herzogtums einen Mitgliederbestand von 10144, darunter 1705 Frauen. Im ganzen war eine Zunahme von 1828 Mitgliedern zu verzeichnen. Nach den Kreisberichten haben im ganzen Herzogtum Versammlungen und Vorreden stattgefunden. — Zur schriftlichen Agitation auf dem Lande dient das monatlich erscheinende Blatt „Empor“, das sich auch im Berichtsjahre gut bewährt hat. Trotz der großen Hindernisse konnte das Blatt in einer monatlichen Auflage von 4500 Exemplaren verbreitet werden. Außerdem wurden 156000 Flugblätter und der alljährliche „Volksfreund“-Kalender in einer Auflage von 36000 Exemplaren verbreitet. — Die Gemeinderatswahlen brachten im Berichtsjahre einen bedeutenden Zuwachs an Mandaten. Die Partei hat in 6 Städten 28 Abgeordnete und in 47 Landgemeinden 88 Gemeinderatsmitglieder. — Die Abkommenszahl des „Volksfreundes“ stieg von 10660 auf 13630. Der Bezirkssekretär Genosse Anrich hielt ein instruktives Referat über die Organisation und Agitation, mit besonderer Berücksichtigung der Reichstagswahlen. Genosse Dr. Jasper sprach über die bevorstehenden Landtagswahlen, die im Spätherbst noch einmal nach dem alten Gesetz stattfinden. Diesem Landtage wird ein neuer Wahlgesetzentwurf vorgelegt werden, der zwar an den Privilegien und an der Dreiklassenwahl nicht rüttelt, aber die direkte Wahl bringt. Darauf wird der Landtag auseinandergehen. In den nächsten Landtag werden dann die ersten Sozialdemokraten einziehen. — Zum Vorherrscher der Landesorganisation wurde wieder Genosse Heinrich Nieke-Braunschweig gewählt.

Ein nationalliberaler Verleumder beurteilt. Wegen verleumderlicher Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Genossen Clemens Hengsbach verurteilte das Schöffengericht in Ruhrtort den freigewerkschaftlichen Renegaten und späteren nationalliberalen Agitator Fugelt zu drei Monaten Gefängnis. Fugelt hat als nationalliberaler Parteimitglied im Mai dieses Jahres in einer öffentlichen nationalliberalen Versammlung in Schmidhorst unter allerlei unmotivierten Angriffen auf die Sozialdemokratie und die moderne Arbeiterbewegung auch die Ehre unseres Abgeordneten Genossen Hengsbach in den Reden gezogen. Er hatte unter Hinweis auf die bekannte Triole Schack ausgeführt, daß die sozialistische Presse gar keine Ursache habe, auf Schack so kritisch herabzublicken,

denn auch in ihren Reihen hätten sich schon solche Triolen abgespielt. Der „Annoncensammler“ Hengsbach habe sich mit einem Mädchen unter 16 Jahren abgegeben. Ich werde übrigens in dem kommenden Wahlkampf noch Gelegenheit nehmen und dem Annoncensammler Hengsbach wegen der Sache mit dem Mädchen unter 16 Jahren entgegenzutreten“, so hauchte Fugelt in seiner Verfassung noch pathetisch ausgerufen. Deshalb hatte sich Fugelt am Mittwoch vor dem Schöffengericht zu verantworten. In der Verhandlung suchte Fugelt sich aus der Affäre zu ziehen, indem er behauptete, daß die Äußerung nicht in dem Sinne gefallen sei. Er habe sich wohl mit der Angelegenheit befaßt, aber gesagt, daß Hengsbach nichts beweisen werden könne. Durch Zeugenaussagen wurde aber einwandfrei festgestellt, daß Fugelt sich tatsächlich in der eben gekennzeichneten Weise geäußert hat. Das Gericht führte in der Urteilsbegründung aus, daß die Verleumdung wider besseres Wissen erfolgt ist. Man könne dem Angeklagten, so führte der Vorsitzende aus, zugute halten, „daß er die Sozialdemokratie für ein Unglück für das Vaterland hält und glaubte, dem Staat und seiner Partei einen Dienst zu erweisen mit seinen Ausführungen.“

Mit diesem Schlusse hat das Gericht dem Ansehen der Rechtspflege in Deutschland einen schlechten Dienst geleistet.

Gerichtliches Nachspiel einer Gemeinderatswahl. Wegen Beleidigung des Amtsmannes und Gemeindevorstehers von Bommern, Kreis Hagen, wurde Genosse Bierenkämper vom Bochumer Volksblatt am Sonnabend vom dortigen Schöffengericht zu 250 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Volksblatt hatte in satirischer Form die Ungültigkeitserklärung einer Gemeinderatswahl kritisiert, die zum zweiten Male erfolgte, weil, allen Mühen der Gegner zum Trotz, Sozialdemokraten gewählt waren. Die Form der Kritik und der Umstand, daß der 2. Protest nicht vom Gemeindevorsteher, sondern von Bürgern ausging, führte zur Verurteilung. Der in den Protesten behauptete sozialdemokratische Terror wurde natürlich auch in der Gerichtsverhandlung nicht erwiesen.

Der heftige Landesparteitag verhandelte am Sonnabend, dem 26. und Sonntag, dem 27. August in Worms, der Residenz des Landesherrn, Freiherrn von Heyd unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Großherzogtums. Aus sämtlichen neun heftigen Reichstagswahlkreisen waren Vertreter erschienen und zwar aus 72 Orten 86 Delegierte. Außerdem nahmen der Landesvorsitzende, die Landtagsfraktion, die neun Kreisvorsitzenden und die Vertreter der heftigen Parteiblätter an den Verhandlungen teil. Vom Hauptvorstand war Genosse Hermann Müller-Berlin erschienen, die Bezirksorganisation von Hessen-Nassau vertrat Parteisekretär Rudolph Frankfurt. Der vom Landessekretär Dr. B. erstattete Geschäftsbericht konstatierte ein Anwachsen der Mitgliederzahl um 20 Proz., eine starke Vermehrung der Leser der heftigen Parteiblätter und erfreuliche Erfolge bei den Gemeinderatswahlen im verfloffenen Jahre. Der Berichtserstatter kritisierte in entschiedener Weise die ständig scharfer einsetzende Reaktion in Hessen, bei der Regierung wie im Landtage. In der Diskussion wird lebhafteste Klage geführt über den Rückgang der Maifeier in Hessen und besonders das Vorgehen der Offenbacher Genossen getadelt, die in diesem Jahre den seit langen Jahren üblichen Demonstrationen aufgegeben haben. Beschlossen wird unter anderem die Herausgabe einer billigen Broschüre, die das neue Wahlgesetz behandelt. Anträge auf Errichtung neuer Parteisekretariate in Hessen werden dem Landesvorstande überwiesen. Der vom Landtagsabgeordneten Raab erstattete Tätigkeitsbericht der Landtagsfraktion stellte sich als eine scharfe Abrechnung mit dem Preussentum in Hessen dar. Die Landeskonferenz sprach in einer Resolution der Fraktion für die energische Vertretung der Volkswirtschaftlichen und vollen Anerkennung aus. Die Vorbereitungen für die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen sind vollendet, ins-

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(82. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
Eine Stunde hat sechzig. Sechzig mal vierzig. . . sechzig mal. . . Du Mann, wird dem Onkel Rechtsanwalter der Kopf abgeschlagen? Dann. . . nimm mich. . . sechzig mal. . . Du, Kopf abgeschlagen.
Das Kind war fest eingeschlafen, und Marianne ging an ihre Reisevorbereitungen. Ein kleines Köfferchen nur sollte gepackt werden. Aber sie brachte bis Mitternacht mit dem Auswählen und wieder Zurücklegen der paar Kleintücher zu. Sie wollte die Zeit hinbringen. Sie nicht erst hinlegen. Nicht den Zug versäumen. Hatte Robert um ihre Willen nicht die ewig lange Nachtfahrt gescheut, so wollte sie nicht bequemer sein. Und morgen. . . sie mußte immer noch nicht genau, was sie vor hatte. Nur zugehen sein wollte sie bei seinem Erfolge, seine Augen leuchten sehen, seine feste Stimme hören, und dann vielleicht die Erste sein, die ihm Glück wünschte zum Siege. Nichts weiter.

Sie las die Verhandlungen der letzten Tage noch einmal durch. Sie wollte die Plädoyers gut vorbereitet vernehmen. Aber sie las nicht zu Ende. Sie wußte ja doch schon alles. Sie nahm ein Buch nach dem andern zur Hand, aber sie war zu zerstreut und nicht wollte hasten. Endlich fing sie an in ihrer Wohnstube ruhig und heiter auf- und niederzugehen. Sie verlor ihre stille Heiterkeit nicht und wunderte sich selbst darüber, wie bald in der wohligen Einkamkeit der Nacht die Zeit herum war. Was die Männer doch so anders waren! Sie wurden gewiß ungeduldig, wenn sie ein paar Stunden warten mußten. Marianne wurde nur immer froher.

Bald nach zwei Uhr wachte sie flüsternd ihre Leute. Der bestellte Wagen fuhr vor, und sie machte sich fertig. Noch einen ruhigen Ruß auf die Stirn des schlafenden Kindes, einen Händedruck für das Mädchen, dem sie es für ein paar Stunden anvertraute, und dann fort.

Auf dem verschlafenen Bahnhof ging sie wieder eine Weile spazieren. Sie dachte nichts weiter, als daß diese Schienen so angenehm und glatt viele, viele Meilen weit von ihr zu ihm gelegt waren. Eine hübsche Einrichtung.

Jetzt meldete ihr Franz, daß der Zug eingefahren sei. Der ganze Bahnhof bewegte sich, als ob er nur halb aus dem Schlafe erwacht wäre. Schwerfällig öffnete jemand die Glasklapp nach dem Perron, schwerfällig gingen die Schaffner hin und her, außer ihr fliegen nur noch zwei Personen ein,

beide in ihre Pelze gehüllt und übermächtig. Sie war allein in dem einzigen Kupee erster Klasse, und auch sie war unerklärlich müde. Sie bemerkte nur noch, daß ihr Diener der einzige wache Mensch auf dem Bahnhofe war und trug ihm Grüße auf. Der Zug setzte sich in Bewegung, sie lehnte sich in dem warmen Wagen behaglich in die Ecke, versuchte ein Wölfl zu denken und an seine letzten Worte vor dem Einschlafen und lächelnd schlief sie ein. So fest, daß sie nur von Zeit zu Zeit auf den Stationen ein wenig aufwachte und halb zur Besinnung kam.

Zwanzigstes Kapitel.

Marianne fuhr in die leuchtende Halle des Anhalter Bahnhofes ein, die Baronin von Offenbach, die die Nacht geopfert hatte, um im Kriminalgericht von Noabit einer Gerichtsverhandlung beizuwohnen. Es mußte wohl wahr sein, denn draußen stand, fröstelnd in ihrem grauen Regenmantel, die Stifstante.

Aber deren Erstaunen galt offenbar nur dem Wunder der Erfindung der Eisenbahn, und ihrem eigenen Erscheinen auf dem Bahnhof. Daß Marianne herüberkam, das fand sie nett und sie habe zwei Eintrittskarten.

„Denke nur, mein Senatspräsident hat sie mir durch einen besonderen Boten zugefand, und ein paar charmante Zeilen dazu geschrieben. Er werde auf alle Fälle um zehn Uhr selbst in derloge sein und uns gut zu placieren suchen.“

Die beiden Damen fuhren durch den dämmernden Wintermorgen nach der Wohnung der alten Tante, und dort mußte Marianne erst ein starkes Frühstück einnehmen. Sie hatte redlichen Hunger, und die Stifstante hätte nicht zureichen müssen. Schokolade gab es, verschiedene Sorten Weißbrot, ein Scheibchen Butter, einen Fingerhut voll Honig, ein Ei, einige Sardinen, eine Spur von Schinken und so noch einige Kleinigkeiten, jedes auf einem besonderen Teller, zu jedem eine besondere Gabel, und die Stifstante lobte ihre Quellen und schob eines nach dem andern ihrem Gaste zu und hütete sich, selbst die Vorräte anzugreifen.

„Ich habe es doch gleich gesagt, mein liebes Kind, eine Reise geht. Und darum habe ich auch ordentlich vorgesorgt. Ich selbst darf zum ersten Frühstück nicht so viel nehmen.“

Dabei blickte sie Marianne an, als wüßte sie und verstände sie alles und hätte alles verziehen.

Pünktlich um zehn Uhr waren sie vor dem Gerichtsgebäude, und die Stifstante machte große Augen, als Marianne sich ganz tapfer zum großen Schwurgerichtssaal durchfrachte.

„Du hast wirklich Mut, mein Kind. Mir ist immer so, als ob aus jeder Tür ein Verbrecher über uns herfallen könnte. Ach, und die schwarzen Salare. Das ist ja, um den Verstand zu verlieren.“

In derloge erwartete sie der Senatspräsident, ein feiner, alter Herr, der sich sichtlich Mühe gab, stramm aufrecht zu gehen. Sein weißer Kaiserbart schien den wenigen Insassen derloge Achtung einzufößen. Einer der vorderen Stühle war frei. Trotz ihrem Widerstreben mußte die Stifstante dort Platz nehmen. Hinter ihr setzte sich Marianne nieder.

Die Verhandlung hatte schon begonnen, und Marianne hätte gern sofort in den Saal hinunter geblickt. Der Präsident aber unterhielt sie noch ein Weilchen. Er habe sie seit ihrem Hochzeitstage nicht gesehen. Es sei nun heute eine rechte Freude für ihn gewesen, der Schönsten und Jüngsten der Familie eine kleine Gefälligkeit erweisen zu können. So vor fünfzig Jahren sei er auch einmal ein junger Jurist gewesen, ein recht flotter junger Jurist. Und er wollte von Heidelberg erzählen. Als er ihre Ungeduld plötzlich wahrzunehmen glaubte, lenkte er geschickt ein. Trotz seines hohen Alters kenne er doch jeden von dem Kruppszeug da unten. Und er nannte kurz die einzelnen Richter, den Staatsanwalt und endlich auch den Verteidiger.

„Mir sehr sympathisch, dieser van Tenius. Wirklich eine Zierde des Standes. Gegen ihn lag niemals das Letzte vor. Merkwürdig wie er sich in diesen Prozeß verhasst hat. Sehr merkwürdig. Ich sage Ihnen, Frau Baronin, wenn Sie, wie man jetzt sagt, psychologische Studien machen wollen, dieser Verteidiger ist interessant. Er nimmt sich des Polen an wie. . . wissen Sie, Frau Baronin, als ob es ein politischer Prozeß wäre. Sehr merkwürdig.“

„Das ist wohl der Richter, der jetzt vernommen wird?“ fragte Marianne.

„Ach ja, ein ganz gleichgültiger Zeuge. Der Verteidiger bestand darauf. Ich verstehe nicht, was er damit will. Der Mann hat gar nichts auszusagen. Und auf Finten läßt sich van Tenius sonst nicht ein. Sehr merkwürdig.“

Der Präsident schwieg, und Marianne konnte endlich zuhören.

Vor dem großen feierlichen Richtertisch stand ein Mann in der Berliner Kutscheruniform. Er war verurteilt worden und hatte einige unwesentliche Fragen beantwortet, während der Präsident sich mit ihr unterhielt. Jetzt fragte der Vorsitzende nach einer Pause:

„Sie wissen, um was es sich hier handelt. Sollten Sie etwas zur Sache äußern können, so sprechen Sie.“
(Fortsetzung folgt.)

Besondere ist bis auf die Stadt Offenbach die Auffstellung der Kandidaten vollzogen. Das gleiche kann für die kommenden Reichstagswahlen gesagt werden, über die Reichstagsabgeordneter Busold referierte. Genosse Karl Ulrich sprach dann über den Parteitag in Jena. Er ist überzeugt, daß die Verhandlungen ruhig verlaufen werden. In der Stellungnahme zur Marokkofrage sei die Partei völlig einig, daran ändern auch die ganz unhaltbaren Anträge Maurenschneiders zur Kolonialpolitik nicht das geringste. Mit der Haltung des Parteivorstandes in der Marokkofrage ist die große Mehrheit der Partei einverstanden. Die Maßfeier mit der Arbeitsruhe kann und wird nicht aufgegeben werden. Die Differenzen zwischen einigen Parteimitgliedern und dem Parteivorstand wegen des bekannten Zirkuläres der Generalkommission werden hoffentlich auf dem Parteitag nur eine ganz nebensächliche Bedeutung haben. Einigkeit, geschlossene Kampfbereitschaft, das wird die Lösung und Aufgabe des diesjährigen Parteitages sein. Parteisekretär Müller-Berlin bestreitet, daß dem Parteivorstande in der Marokkofrage ein berechtigter Vorwurf gemacht werden könne. Die Entwicklung der Marokkoangelegenheit habe gezeigt, daß der Parteivorstand mit seinem Aufsatze nicht zu spät gekommen sei. Der Parteipresse ist vom Parteivorstand immer das Recht freier sachlicher Kritik auch den Gewerkschaften gegenüber gewahrt worden. Der Antrag Maurenschneiders wird kein Echo in der Partei finden, die im Kampfe gegen den Imperialismus einiger ist als in irgend einer anderen Frage. Ein Antrag, den Beschluß des Nürnberger Parteitages, die Abführung des Arbeitsdienstes am 1. Mai durch Angestellte usw. betreffend, durch den Jenaer Parteitag wieder aufheben zu lassen, wird abgelehnt. Ein anderer Antrag an den Parteitag, Verbilligung der kommunalen Praxis betreffend, wird beschlossen. Der bisherige Landesvorstand wird einstimmig wiedergewählt. Als Tagungsort für die nächste Landtagskonferenz wird Offenbach bestimmt.

Parteitag der badischen Sozialdemokratie. In Offenbach trat am Samstag der diesjährige badische Parteitag zusammen. Anwesend waren 119 Delegierte, die Landtagsfraktion vollständig, ebenso der Landesvorstand und die Verleger und Redakteure der Parteipresse. Der Parteivorstand hatte den Genossen Gert, die badische Sozialdemokratie Auer-München, die württembergische Fischer-Stuttgart, die pfälzische Körner-Ludwigshafen, die elsässische Böhle-Strasbourg entsandt. Mit der Leitung des Parteitages wurde Abg. Dr. Frank-Mannheim betraut. In der Berichterstattung über die Tätigkeit des Landesvorstandes betonte Genosse Geiß, daß in Baden die politischen Organisationen um 4029 Mitglieder zugenommen hätten, daß aber Hessen und Württemberg in der Organisierung der sozialistischen Wähler voraus seien. Die mangelhafte Eintaxierung der Beiträge habe vielen Mitgliederverlust gebracht. Eine ausgiebige Erörterung durch Geiß und die Diskussionsredner fand der Karl-Mary-Klub in Mannheim, der schon den deutschen Parteivorstand und wiederholt auch den badischen Landesvorstand beschäftigt hat. In Mannheim entstand im Streit um die Budgetfrage ein solcher Klub, der alle Genossen sammelte, die gegen die Budgetbewilligung und im allgemeinen Gegner der sogenannten revisionistischen Bewegung waren. Auch in Karlsruhe besteht ein solcher Klub. Geiß erklärte, derartige Klubs könnten auf keinen Fall gebildet werden, da sie das Parteileben schädigten und eine Organisation in der Organisation seien. Gert-Berlin bemerkte, wenn diese Klubs in die örtliche Parteipolitik eingreifen und die taktischen Parteifragen behandeln, dann stehen sie im Widerspruch mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei. In Offenbach anwesende Vertreter des Marx-Klubs von Mannheim und Karlsruhe verteidigten sich damit, daß sie nur die wissenschaftliche Vertiefung ihrer Mitglieder in die grundlegenden Bahnen des Sozialismus anstrebten. Die Budgetanhänger unter den süddeutschen Landtagsfraktionen hätten seinerzeit ebenfalls geheime Zusammenkünfte gehabt. Nachdem von anderer Seite der eventuelle Ausschluss der Mitglieder des Marx-Klubs verlangt wurde, fand schließlich ein Antrag Engler-Freiburg mit 116 gegen 34 Stimmen Annahme, daß ohne Zustimmung der örtlichen Organisation Klubs- und Landesorganisationen nicht gegründet werden dürfen. Sind zu Bildungswecken besondere Vereinigungen nötig, dürfen sie nur im Rahmen der Parteipolitik gebildet werden. Der Parteitag beschloß dann mit großer Mehrheit den 10-Pfg.-Wochenbeitrag. Davon erhält die deutsche Parteikasse 2 Pfg., die badische Landeskasse 3 Pfg., die Kreis- und Ortskassen 1 Pfg. Bei der Berichterstattung über die Presse konstatierte die Geschäftsführer der Parteipresse von Karlsruhe, Mannheim und Wörzheim eine befriedigende Zunahme der Abonnenten. Die seit dem 1. Juli bestehende „Freiburger Volkszeitung“ hat sich gut eingeführt, auch die „Korracher Volkszeitung“ erfreut sich seit dem 1. Juli täglich (früher einmal wöchentlich). Damit waren die Arbeiten der geschlossenen Sitzung erledigt. Am Sonntag morgen referierte Genosse Frank in einstündiger Rede über die Reichstagswahlen. Eine Debatte hätte sich an das Referat nicht. Dann besprach Landtagsabgeordneter Pfeiffer-Mannheim die Wirkungen der neuen Gemeinde- und Städteordnung, die für die Partei sehr günstig seien. Die Fraktion habe recht gehandelt, daß sie im Landtag diesem Gesetz ihre Zustimmung gab. Zum Schluß referierte Abg. Ad. Geß über den Bürgerkrieg. Der Vortrag soll gedruckt erscheinen. — Der nächste Parteitag findet in Offenbach statt. Am 2. Uhr nachmittags war die Tagung beendet.

Gewerkschaftsbewegung.

Dritte deutsche Gasarbeiter-Konferenz. Die derzeitige Lage der Gasarbeiter hat ihre Organisationsleitung, den Verband der Gemeinde- und Staatsgasarbeiter veranlaßt, eine dritte Vertreter-Konferenz einzuberufen. 69 Delegierte, die 1288 organisierte Gasarbeiter vertreten, hatten sich daher am 23. und 24. August d. J. im Berliner Gewerkschaftshaus versammelt, um gemeinsam über weitere geeignete Mittel und Wege zur Hebung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beraten. Dielem voran ging ein Vortrag des Betriebsdirektoren Timme-Berlin über den Fortschritt der Technik in der Gasindustrie. Das in dem Vortrage gebotene Bild des technischen Fortschritts wurde weiter ausgeführt hinsichtlich der Einwirkung desselben auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen vom Gauleiter Richard Heemann-Mannheim. Er schilderte, wie der technische Fortschritt in der Gasindustrie die Rentabilität der Gaswerke steigere, für die Gasarbeiter aber fast allgemein schwere Nachteile bringe. Die erste Folge der Einführung der neuen Ofensysteme und arbeitssparenden Maschinen und Transportanlagen sei häufig Arbeitslosigkeit einer großen Masse von Gasarbeitern, die hauptsächlich auf die Straße geworfen werden. Da der Betrieb der Arbeitsstätte einen großen Teil der Gasarbeiter besonders hart treffe, indem sie früher für niedrigen Lohn gearbeitet, erst nach und nach durch Dienstalterszulagen in den Genuss höherer Entlohnung gekommen, dann in späteren Jahren jedoch, wo ihnen höhere Löhne winkten, mit Entlassung bedroht werden, wodurch ihnen gleichzeitig der Anbruch auf die sozialen Fürsorgeeinrichtungen den sie durch

mehrfährige Dienstzeit erworben, verloren geht. Um die infolge der technischen Fortschritte eingetretene Arbeitslosigkeit abzumildern, fordern die Gasarbeiter Vertüzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden für alle Gasarbeiter. Wo sich bei städtischen Gaswerken eine Verringerung des Arbeiterbestandes nicht umgehen läßt, sollen die überschüssigen Gasarbeiter einschließlich Laternenwärter in anderen städtischen Betrieben weiter beschäftigt werden, und zwar unter Befassung der bereits erworbenen Rechte. Vom Referenten wie in der Diskussion wurde mehrfach nachgewiesen, daß in den verschiedensten Orten Hunderte von Arbeitern infolge des Fortschritts in der Technik entlassen worden sind, daß nach Einführung der technischen Neuerungen auch die Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden wieder verlängert wurde, so in Ludwigshafen, Frankfurt und Spandau. Es wurde deshalb von der Konferenz im Sinne der vorher gegebenen Ausführungen beschlossen. — Nach einem Referat des Gauleiters May-Heinz-Düsseldorf, über die Gasfernversorgung sprach Dr. Canauer-Frankfurt über die Berufskrankheiten der Gasarbeiter. Der Referent sowohl wie die Diskussionsredner hoben hervor, wie die große Hitze vor den Ofen dazu beitrage, die Gesundheit der Gasarbeiter zu untergraben, wie Unfälle, Gasvergiftungen, Explosionen, lange Arbeitszeit und Schichtwechsel den Körper ruinieren, besonders Magen und Muskeln infolge der Ausschüttung und der hierdurch bedingten größeren Zufuhr von Getränken leiden. Es wurde beschlossen, die gesundheitlichen Körperkassen anzugehen, eine wöchentliche Ruhepause von 36 Stunden für die Schichtarbeiter der Gaswerke zur allgemeinen Durchführung zu bringen und für Einhaltung der gesetzlichen Unfallverhütungs-Vorschriften zu sorgen. — Organisationsfragen behandelte der Verbandsvorsitzende Mohs-Schöneberg. Die Konferenz verurteilte alle von den Verwaltungen geübten Schwächerungen des Koalitionsrechts und protestierte ganz energisch gegen alle neuerlichen Versuche, den Arbeitern öffentlicher Betriebe das Koalitions- und Streikrecht zu entziehen, wie das jetzt durch den Entwurf zum Strafgesetzbuch besonders durch seinen § 184 getan wird. Seitens der Gasarbeiter seien alle Maßnahmen zu ergreifen, daß dieser Entwurf nicht Gesetzeskraft erlangt. — Um der Organisation der Gasarbeiter noch weiteren Nachdruck für ihre Aktionen zu verleihen, fordert die dritte deutsche Gasarbeiterkonferenz alle Kollegen auf, ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, noch einheitlicher zu gestalten und die vielfach noch vorhandene Zersplitterung in der Bewegung zu beseitigen.

Soziales.

Die Gesundheitspflege auf dem Lande ist durchweg eine ungenügende, in großen Gebieten, so insbesondere auch in denen, wo das Jumentum herrscht, sogar eine standals schlechte. Gleichwohl bemühen sich die Agrarier, die gesundheitlichen Verhältnisse auf dem Lande gegenüber denen in den Städten grell herauszutreten. Sie mögen aber einmal den Bericht über die Verhandlungen der 21. Jahresversammlung des hessischen Städtetages zu Godesberg nachlesen, die kürzlich stattfand. In diesem amtlichen, vom Vorstand des hessischen Städtetages herausgegebenen Bericht wird auch ein Vortrag des Geh. Medizinalrats Dr. Heinemann-Kassel über die Krankenpflege auf dem Lande in ihrer allgemeinen, hygienischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung abgedruckt. Dr. Heinemann erklärt sich ausdrücklich für einen Freund des Landes. Er macht aber dann darauf aufmerksam, daß die Statistik so manche liebgewordene alteingewurzelte Ansicht zerstört habe: „So waren wir gewohnt, das Leben auf dem Lande stets als ein ganz besonders gesundes anzusehen. Wir schätzten den Landmann glücklich, der die Nachteile der Stadt mit ihrem Lärm und Qualm und Staub nicht auf sich wirken zu lassen brauchte, wir beneideten ihn um die frische Luft, die ihn umwehte, wenn er seine Behausung verließ, um seine Arbeit in Licht und Sonne zu verrichten. Der Städter fühlte sich wie neugeboren, wenn er zur Erholung und Erfrischung eine Zeitlang auf dem Lande leben konnte. Und nun kommt die Statistik und sagt mir dürrer, durch Zahlen genau belegten Worten, an denen sich nicht zweifeln läßt, du bist im Irrtum; das war früher wohl so, es ist aber schon seit Jahren ganz anders. Die Erfolge, die von der öffentlichen Gesundheitspflege erungen wurden, sind den Gemeinden zuteil geworden, die in der wirtschaftlichen Lage waren, sich die Errungenschaften der Hygiene zu eigen zu machen, den Städten. Nach den medizinisch-statistischen Mitteilungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes über die Entwicklung der Sterblichkeit in Stadt und Land, die über jeden Zweifel erhaben sind, ist, wenn auch im allgemeinen ein erfreuliches Zurückgehen der Sterblichkeit seit 40 Jahren in Stadt und Land eingetreten ist, die Sterblichkeit auf dem Lande nicht so rasch zurückgegangen wie in den Städten, ja, sie ist leider jetzt dort größer als hier.“ Dr. Heinemann tritt dafür ein, daß die Krankenpflege und die Fürsorge für Kranke, Sieche und Gebrechliche auf dem Lande auf eine bessere Grundlage gestellt werde als bisher. Hier macht sich der größte Unterschied zwischen Stadt und Land geltend. Was dort längst als selbstverständlich eingebürgert sei, lasse sich in Landgemeinden nur unvollkommen und mühsam erreichen. Daß die Agrarier eine gute und ausreichende Krankenfürsorge und -pflege für die ländliche Arbeiterschaft nicht wollen, das haben sie bei der Reichsversicherungsordnung wieder drastisch bewiesen.

Genossenschaftsbewegung.

Die rheinischen Handwerker und die Konsumvereine. Mitte August tagte in Köln die Delegiertenversammlung des Rheinischen Handwerkerbundes, die sich auch mit den Konsumvereinen beschäftigte. Obwohl, von den Vätern abgesehen, die Handwerker lediglich ein Interesse an der Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung haben, um sich ihre Lebenshaltung zu verbilligen, wurden auf dieser Tagung große Reden gehalten über die Schädigungen des Kleingewerbes durch die Konsumgenossenschaftliche Betätigung. Der Geist der Versammlung geht am besten aus folgenden Forderungen hervor:

1. Die Konsumvereine müssen den gewerblichen Unternehmungen in steuerpolitischer Hinsicht gleichgestellt werden. Der Bundesvorstand wird beauftragt, in Verbindung mit zuständigen Stellen geeignete Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung der Konsumvereine auszuarbeiten. 2. Für Beamtenkonsumvereine kann ein Bedürfnis nicht anerkannt werden; dieselben sind daher ganz zu verbieten. Den Beamten ist jede Mittätigkeit in der Verwaltung anderer Konsumvereine zu unterliegen. 3. Für Wertkonsumanstalten ist ebenfalls kein Bedürfnis mehr vorhanden. Nach dem Beispiele Frankreichs soll daher die Gründung neuer Wertkonsumanstalten verboten und die Aufhebung der bestehenden innerhalb einer bestimmten Frist angeordnet werden. 4. Das Lieferantengeschäft der Konsumvereine ist durch eine entsprechende Fassung des Genossenschaftsgesetzes unmöglich zu machen. Bis zur Durchführung dieser Forderung ist an das Solidaritätsgefühl der Handwerker und Gewerbetreibenden zu appellieren, die Lieferung an Konsumvereinsmitglieder unter Rabattgewährung abzulehnen. 5. Die Eigenproduktion von Waren durch Konsumvereine geht über den ursprünglichen gesetzlichen Zweck der Konsumvereine hinaus; den Konsumvereinen ist gesetzlich zu verbieten, selbstgezeugte Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen. 6. Die Kontrolle über die Handhabung der für die Konsumvereine in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere über die Wahrung des Verbots des Verkaufs von Waren an Nichtmitglieder, ist zu verschärfen. 7. Die Konsumvereine sind durch Verordnung anzuhalten, die Warenpreise im Laden sichtbar anzugeben. 8. Die Ausnahmebestellung der Konsumvereine in der Nahrungsmittelkontrolle (Margarinegesetz) ist zu beseitigen.

den innerhalb einer bestimmten Frist angeordnet werden. 4. Das Lieferantengeschäft der Konsumvereine ist durch eine entsprechende Fassung des Genossenschaftsgesetzes unmöglich zu machen. Bis zur Durchführung dieser Forderung ist an das Solidaritätsgefühl der Handwerker und Gewerbetreibenden zu appellieren, die Lieferung an Konsumvereinsmitglieder unter Rabattgewährung abzulehnen. 5. Die Eigenproduktion von Waren durch Konsumvereine geht über den ursprünglichen gesetzlichen Zweck der Konsumvereine hinaus; den Konsumvereinen ist gesetzlich zu verbieten, selbstgezeugte Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen. 6. Die Kontrolle über die Handhabung der für die Konsumvereine in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere über die Wahrung des Verbots des Verkaufs von Waren an Nichtmitglieder, ist zu verschärfen. 7. Die Konsumvereine sind durch Verordnung anzuhalten, die Warenpreise im Laden sichtbar anzugeben. 8. Die Ausnahmebestellung der Konsumvereine in der Nahrungsmittelkontrolle (Margarinegesetz) ist zu beseitigen.

Die ganze Hege gegen die Konsumvereine bei den Handwerkern hat einen stark politischen Hintergrund. Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür, und da suchen viele auch den ärztlichen Wünschen der Mittelständler, wenigstens auf dem Papier, entgegenzukommen. Für die Konsumenten ist das freilich eine ernste Mahnung, sich die Kandidaten in bezug auf ihre Stellung zu den Konsumvereinen genau anzusehen.

Aus Nah und Fern.

Ein Avancement. Der Provinz Pommern ist großes Heil widerfahren. Wilhelm II. weichte gestern auf einer seiner Reisen in Stettin und hat bei der Gelegenheit den Prinzen Eitel Friedrich zum Statthalter von Pommern ernannt. Das große Ereignis vollzog sich während einer Tafelrede, in der Wilhelm II. Pommern als eine ihm treu ergebene Provinz pries. Wie er ausführte, komme er mit der Ernennung eines Statthalters einem langjährigen Wünsche der pommerschen Bevölkerung nach. Uns ist leider nicht bekannt, welche Arbeitslast mit der Statthaltschaft verbunden ist. Jedenfalls kann sie aber nicht sehr groß sein, denn seit langer Zeit war der Posten unbesetzt. Der 1888 verstorbene Kaiser Friedrich war der letzte Statthalter von Pommern.

Typhusepidemie in einer Irrenanstalt. Die Zahl der Typhusfälle in der Irrenanstalt Kourabtein bei Danzig ist auf 146 gestiegen. Bis jetzt sind 18 Erkrankte gestorben. 30 Insassen sind zurzeit noch typhuskrank.

Vom Kesseltreiben gegen die Arbeiterturnvereine. In Greppin, Kreis Bitterfeld, hat kürzlich ein Turnverein beschlossen, aus der deutschen Turnerschaft auszutreten und sich „eventuell“ dem Arbeiterturnerbunde anzuschließen. Kaum war der Austritt aus der Deutschen Turnerschaft vollzogen, so wurde der Verein, der 34 Jahre ungestört existiert hatte, am 7. August vom Amtsvorsteher aus Wölfen aufgefressen, seine Satzungen und ein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzuziehen, weil der Verein sich einer politischen Bewegung angeschlossen habe. Der Arbeiterturnerbund sei laut Oberverwaltungsgerichtsentcheidung eine politische Organisation. Der Vorsitzende wies die Aufforderung zurück mit dem Bemerkten, der Verein gehöre nicht dem Arbeiterturnerbund an; er, der Vorsitzende, sei weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert. Der Amtsvorsteher aber bestand unter Strafandrohung auf seinem Verlangen. Als dann am 19. August der Vorsitzende den Antrag auf Genehmigung eines Umzuges eingereicht hatte, wurde ihm noch an demselben Tage der Bescheid ausgefertigt, der Umzug werde verboten, weil er Unlaß zu Reibereien mit den aus dem Verein Ausgetretenen geben könne. — Einem gutgehumten Turnverein des Ortes aber wurde für Sonntag, den 24. August ein Umzug gestattet.

Abgestürzt. Nach einer Meldung aus Lemberg ist der Student Drage in Lattagebirge, als er seinen beiden aus Warschau zum Besuch gekommenen Schwestern beistehen wollte, in eine tiefe Spalte gestürzt. Die Leiche wurde geborgen.

Schweres Unglück. Aus Bern wird gemeldet: Ein junges Liebespaar aus Hoslital wollte auf einem Postweg am Handeckfall den Karstfuß überschreiten. Sie lebten sich dabei unvorsichtig an das morsche Geländer. Dieses brach, beide stürzten in den tosenden Abgrund und ertranken.

Ein schwerer Sturm richtete, wie aus Newyork gemeldet wird, an der Küste von Süd-Carolina in der Nacht auf Montag mannigfachen Schaden an. Wie der Korrespondent der „Associated Press“ in Charleston meldet, sollen zwanzig Menschen getötet und viele verletzt sein.

Ein Orkan richtete bei Charleston (Südkarolina) große Verheerungen an. Sechs Torpedoboote wurden bei der Regierungswert an den Strand geschleudert. Man befürchtet, daß auf den Inseln und längs der Küste viele Menschen unangekommen sind.

Orkankatastrophe in Nordamerika. In Charleston wütete in den letzten 36 Stunden ein Hurricane, der eine Geschwindigkeit von 96 Meilen in der Stunde hatte. Zahlreiche Häuser wurden abgedeckt. Acht Weiber und viele Neger, die in dem niedrig gelegenen Negerviertel wohnten, wurden durch eine Springflut, die eine Höhe von acht Fuß erreichte, getötet. Der Schaden, den der Hurricane angerichtet hat, beträgt über eine Million Dollars. Alle umliegenden Inseln, zumeist beliebte Sommerfrischen wurden unter Wasser gesetzt. Die Bewohner, die gewarnt wurden, konnten sich noch rechtzeitig flüchten. Zehn Küstenschiffe wurden an den Strand geworfen und beschädigt. Die alte Sankt Michaelskirche in Charleston, eine Kunstdüngerfabrik und viele andere Fabriken wurden zerstört. Die Größe der Katastrophe ähnelt jener aus dem Jahre 1885.

Theater und Musik.

Im Stadttheater gelangte gestern abend zum Benefiz für Herrn Redwig die Operette „Wiener Blut“ zur Aufführung. Herr Redwig, der im Laufe dieses Sommers hier alle ersten Tenor-Partien gesungen und sich als ein ebenso tüchtiger wie fleißiger Künstler erwiesen hat, gab den Grafen Zedlau leichtleb und flott. Ihm wurden prächtige Blumenpenden und ein riesiger Lorbeerkranz zuteil. Eine elegante Gräfin von großer musikalischer Sicherheit war Fr. Schönberger. Die Probierramseil Pept hatte in Fr. Hoffmann eine wirklich fische Vertreterin. Dagegen fehlte dem Kammerdiener Joseph des Herrn Stone der nötige Humor. Herr Seidler war ein ulkiger Minister von Neuh-Greiz. Die übrigen Partien waren so gut es ging besetzt worden. Herr Redwig, der auch als Regisseur verantwortlich zeichnete, hatte für eine recht hübsche Ausstattung gesorgt. Wenn trotzdem der Vorstellung das richtige Wiener Blut mangelte, so war das nicht seine Schuld. Das gut besuchte Haus targte nicht mit seinem Beifall. P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer u. Co. in Offenbach.

Ihrer Branche zu haben. Kein sozialistisch denkender Mann darf seine Frau von der Organisation fernhalten, er muß sie im Gegenteile auf den Weg zu ihr bringen. Es genügt keineswegs für die Verfestigung der Arbeiterklasse, wenn in einem Beruf bessere Arbeitsbedingungen erreicht werden. Die rückständigen Berufe werden immer wieder unorganisierte und indifferente Massen als Lohnrücker zur Verfügung stellen. Es ist deshalb nicht gleichgültig, wenn in jenen Berufszweigen, wo hauptsächlich Frauen beschäftigt werden, die Söhne und Arbeitsverhältnisse schlecht bleiben, denn die Frauen bringen in alle anderen Berufe vor und mit ihnen dann preisdrückend auf die männliche Erwerbsarbeit ein. Der Mann kann seine besseren Lohnverhältnisse nur schätzen und sie günstiger gestalten, wenn er seine Frau nur vorwand- nispönnen Gefährtin seiner Kämpfe erzieht. Frauen, ihr gehört als Erwerbstätige mit euren Männern zu gleichem Kampf und Ziel in die Reihen der gewerkschaftlichen Organisation!

Allelei Willensmerkmale.

Aber „künstliche Seide“ und ihre Fäbritation finden wir in dem soeben erschienenen Heft 22 der „Natur“, dem Organ der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft, S. 2. (Gesellschaftsleiter: Theob. Thomas in Leipzig, Königsstr. 8. Mitgliedsbeitrag pro Jahr 6 Mt.), einen interessanten Aufsatz aus der Feder des Herrn Ingenieur W. A. L. E. E. E., dem wir folgenden entnehmen: „Wit der wegen ihrer wertvollen Eigenschaften hoch geschätzten Naturseide tritt in neuerer Zeit die künstliche Seide in Konkurrenz. Es ist leicht verständlich, daß man für das weiche, viel begehrte Naturprodukt, von dem 1 Kilogramm 20 bis 50 Mark kostet und dessen jährlicher Weltverbrauch circa 50 Millionen beträgt, einen billigeren Ersatz sucht. Doch sind diese Versuche erst im Laufe der letzten 25 Jahre von Erfolg gekrönt gewesen. Heute fällt bereits ein großer Bruchteil des Weltbedarfes an Seide der Kunstseide zu. Immerhin haben die Bücher der Seidenraupe noch nicht das Schicksal der Krapp- und Indigopflanzer zu beschreiben, denn vorläufig kann das Kunstprodukt die natürliche Seide noch nicht vollständig ersetzen. Die verschiedensten Substanzen lagte man zur Verfertigung von Kunstseide zu verwenden, bis man in der Zellulose das passendste Ausgangsmaterial fand. — Zellulose, auch Zellstoff genannt, bildet bekanntlich den Hauptbestandteil der Zellmembranen aller Pflanzen. Sie wird zum groben Zeile in ihrer natürlichen Form zur Verfertigung von Geweben und von Papier verwendet; chemisch verarbeitet dient sie namentlich zur Herstellung von Sprengstoffen und von künstlicher Seide. — Zunächst einig über ihre Eigenschaften und ihr chemisches Verhalten. — Zellulose ist das verbreitetste Kohlehydrat und hat dieselbe empirische Formel wie die Stärke. Sie ist in den gewöhnlichen Lösungsmitteln unlöslich, dafür löst sie sich in Kupfersäure, Salpetersäure und in Chloroform. In reinem Zustande ist sie eine farb- und geruchlose Substanz. Gegen chemische Reagenzien ist sie sehr widerstandsfähig. Mineral Säuren und starke Alkalien verwandeln sie in Hydroxylsäure, welches Verhalten namentlich für die Leichte zur Bedeutung ist. Mononitrierte Salpetersäure führt sie in Nitrozellulose über. Diese ist praktisch sehr wichtig zur Verfertigung von Zelluloid, Schießbaumwolle und von Kunstseide.“

Kleines Familien.

Der Ringkämpfer und Schwimbleistungsingenieur. Der Meisterringer Willy Wegner in Leipzig - Windenau hat ein Buch herausgegeben, in welchem er die Ringkämpfer Unternehmungen der verschiedenen Varietetés als Schwimbleistungsingenieur darstellt. Mit antikenkennntnisreicher Ehrlichkeit schildert er die Kämpfe und er zeigt, wie ein gewisser Unternehmer mit seiner Ringkämpfer „Bande“ im Lande herumreist und schließlich ein reicher Mann wird, während seine Leute mit einer Monatsgage abgesehen werden. Der Unternehmer bestimmte, wer zu fallen und in welcher Zeit dies zu geschehen hat usw. Der größte Oberstieber sei der „Meisterringer“ Oberleutnant Freyburg i. B., beauptet Herr Wegner. Oberleutnant Freyburg ist allem möglichen „Geldadel“ vorzuziehen. Er habe eine „Bande“ von 15 bis 20 Mann, lauter Leute mit falschen Namen und Titeln. Er werde sei die „feigste Kreatur“ unter den Ringkämpfern. Er selber sei nur ein mittelmaßiger Ringler und habe in seinem Leben noch nie reell gerungen. Auch sei er der größte Pantoffelhieb, den die Erde trage. Er soll sich durch Schwimbleistungsingenieur über eine Viertel-

million zusammengeflohen haben, und er habe das Leiziger Publikum mit seinem Lüneburger „Indianer“ und seinem Berliner „Rücken“ getauscht. Seine Philippika gegen Oberleutnant Wegner folgendermaßen: „Solche große Pantoffelhieb seine Schwimbleistungsingenieur nicht bald einklinken, so werde ich ihm in nächster Zeit mit der Wolkzeit auf die Hude rücken und wegen Betrugs, unläuteren Wertbewerbs, Vorpreisung falscher Tatsachen, Verletzung falscher Namen und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verhaften lassen.“ — Der also Apoptrophisierte lief zum Kadl. Er war aber so vorsichtig, nur wegen formaler Verleumdung zu klagen und ließ sich vom persönlichen Erscheinen entbinden. Sein Verteidiger gab vor dem Schöffengericht laur „Leipzig-Wolkzeit“, selbst ist, es sei ja bekannt, daß es sich bei den Ringkämpfen um „Schauspielungen“ handle, bei denen das Publikum auf seine Kosten kommen wolle. Das Gericht nahm denn auch an, daß es mit den von Wegner behaupteten Erhebungen seine Wichtigkeit habe und unterließ es deshalb, darüber weitere Erörterungen anzustellen. Natürlich aber mußte das Gericht Herrn Wegner wegen des Vorwurfs der Heigheit, des Schwandels und Zusammenrückens verurteilen. Mit 50 Mt. soll Wegner seine Einstellung erlassen. Wegen eines von Oberleutnant „Wolkzeit“ für „Wolkzeit“ erlassenen Interzells hatte Wegner Verleumdung wegen Verleumdung angeklagt, wurde damit aber abgewiesen. — Groß seiner Verurteilung konnte Wegner als der anerkannt Ehrlichere den Gerichtshof verlassen. Er hat sich das Verdienst erworben, weiteren Kreisen des Publikums die Augen über das Unwesen der Ringkämpfe geöffnet zu haben.

Das Erdbeben in Afrika.

Die Naturvölker und auch die Stämme niedriger Kultur verhalten sich in ihren Gewohnheiten vielfach wie bei uns die Kinder, auch darin, daß sie alles mögliche nicht nur in den Mund stecken, sondern auch herunter schlucken, als ob es ein Nahrungsmittel wäre. Zu den am weitesten verbreiteten Erbkennungen dieser Art gehört das Erbeben. Man kann sagen, daß sich noch heute in allen Erdteilen Beispiele dafür finden. Auch Europa ist davon nicht ausgenommen, abgesehen die Erde in unserem Erdteil nur noch hier und da zu finden ist, während sie in größerem Umfang für die Vergangenheit festgesetzt werden kann. Für einen mehr als ein Grund anzugeben sein. Vielleicht ist es ein gewisser beständiger Schwand oder eine eigenartige Konstitution oder mehrere solcher Eigenschaften zusammen, die das Erbeben dem Menschen annehmlich erscheinen lassen. Dazu tritt dann bei vielen Völkern der Überglaube, daß durch manche Erden Kränkheiten geholt werden können. In den Erdteilen, wo die Erde am häufigsten anzutreffen ist, gehört Afrika. Man findet sie ebenfalls im Sudan, in Weizen, im Nigertal wie in Kamerun. Dr. Henry Dubert hat besondere Forschungen über das Erbeben der dort wohnenden Völker angestellt, die in dem Organ der Karrier Geographischen Gesellschaft besprochen werden. Die Erde ist dort ein Ton, der in einen Sandstein eingelagert ist. Die Eingeborenen lassen sich die Erde nicht verbrennen, bis tief in das Gestein hineingehen, um die gewöhnliche Erde in einem möglichst schmalen Zustande zu gewinnen. Der Stoff wird auch auf Märkten verkauft und sogar ziemlich weit verhandelt.

Aus den Winkblätter.

Mein Herr, Sagt mal, Michiel, warum rauchst du denn einen so miserablen Zigaretten? — „Ja, müssen Sie, den rauchst du nur, wenn ich bei den Sommerfrüchten am Tisch sitz! Dann bieten's mir allemal von ihren feinen Zigaretten an!“
Seine Ansicht. Bauer (zu einem bei ihm in der Sommerfrucht weilenden Winkler, der ein paar mal abgehört ist): „Ja, ja, unjete Luft seid's halt not net g'wohnt!“
Das Biermerkel. Galt: „Witte, Herr Wirt, veranlassen Sie doch, daß der Herr am Stammtisch mit Rücksicht auf die anwesenden Damen die Wette aufhöre!“ — „Ja, das wird er aber nicht tun. . . der macht nämlich, so oft er eine frische Maß bringt, einen Skript auf!“
Das Bismarck. Haben Sie einen großen Bekanntenkreis hier, Herr Baron? — „Ja, für ungefähr fünfzigtausend Mann!“
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwan. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Bielefeld.

An Bord des „Siegfried“.

Roman von Friedrich Schiemme.

(19. Fortsetzung.)
„Gut, antwortete nicht, aber die flammende Blut, welche Beweis für die Wichtigkeit der Vorkausung des Nipetro's, als daß nur ein einziger der Anwesenden an der Wahrheit seiner Behauptung gezweifelt hätte.“

Als nächster Zeuge erschien der Schiffsarzt Doktor Wehmann, um an der Hand der vorliegenden Photographie die Beschaffenheit der Wunden zu demonstrieren und sich über den Leichenbefund und über die anatomische Ausdehnung der Lat ausführlich zu verhalten.

Auf die Frage, ob in der Lat eine Frau als Mörderin in Frage kommen könne, antwortete er bejahend, indem er dabei wie schon im Vorgang der Leiche des Kaffers auf die von ihm festgestellte Unmöglichkeit der geführten Erbe hinwies.

„Ni sonst noch irgend eine Frage an den Zeugen zu richten?“
Der Verteidiger erhob sich. „Samohl. Ich möchte von ihm und den übrigen geladenen Schiffsbemann Auskunft zu erhalten über den Eindruck, welchen das Auftreten meiner Klientin auf dem Schiffe auf sie hervorgerufen hat. Gehören Sie nicht auch, Herr Doktor, zu denjenigen, die im Anfang an eine Schuld der jungen Dame nicht zu glauben verneinten?“

„Allerdings.“
„Wenig sie nicht unter ihren Reisesgefährten — einige auf ihre Echtheit eifersüchtige Damen vielleicht ausgenommen — allgemeine Verachtung?“
„Der Ausdruck dürfte kaum genügend sein. Ich möchte ihn durch Hochachtung und Bewunderung ersetzen.“

„Und sollte man diese Hochachtung und Bewunderung nur ihrer Schönheit oder auch anderen, höheren, ich meine den ethischen und moralischen Attributen, welche man an ihr wahrzunehmen glaubte?“
„Sie sind nicht unfaule, uns noch einige besondere Züge zum Beweise hierfür mitzutheilen?“

„Doktor Wehmann berichtete in Ausdrücken warmer Anerkennung von der Aufopferung und liebevollen Sorgfalt dieses für die Kranke Frau Wörner und die kleine Fide, und seine Parteilichkeit in dem Zeugnisse des Kapitäns Frank, des Schiffskapitäns Albinus und des Quartiermeisters die lebhafte Unterstützung — Ausführungen, welche, wenn sie auch nicht gerade direkt zur Entlastung dieses dienen, doch geeignet waren, in den Herzen ihrer Richter und des Publikums jene allgemeine menschliche Sympathie wieder zu erwecken, die ihr vorkontingiert man sich nach der Lage des Falles bisher für berechtigt erachtet hatte.“

„Es kamen weiter der Steward Richard, die Aufseherin und einige andere Zeugen an die Reihe, deren Aussagen nichts Neues enthielten.“
Gegen 8 Uhr trat eine einstündige Pause ein, nach deren Verabreichung der noch nicht vernommene Direktor Norden sofort auf Doktor Waldörfer aucte, ihn an sein Verprechen, zwecks der Herbeiführung einer Unterredung mit seiner Tochter ermuntern.

„Sie steht es, lieber Doktor?“ fragte er besorgt und aufgeregt.
„Nein, muß ich sagen, nicht zum besten,“ erwiderte der Verteidiger ärgerlich. „Ihre Tochter selbst ist die schlimmste Anklägerin, weniger durch das, was sie zugeht, als durch das, was sie verweigert.“

„Nun ich sie sprechen?“
„Ich habe bereits mit dem Herrn Präsidenten besprochen. Ich spreche genannt. Er wünscht, daß es nicht vor Verabreichung der Verhandlung oder wenigstens nicht vor Abgabe Ihres Zeugnisses geschieht. Also Geduld, Herr Direktor bis heute abend.“

„D mein Gott, so lange noch! Und welche Ausflüchte haben wir, Herr Doktor?“
„Dieser würde die Achseln.“ „Von der Anklage der Verungünstigung wird sie voraussichtlich freigesprochen, und dessen —“

„Undessen?“
„Direktor Norden schaute dem Advokaten angstvoll in das unermessliche Gesicht.“

„Es wäre töricht von mir, in Ihren Hoffnungen zu erwecken, die sich vielleicht nicht erfüllen, oder Verurteilungen zu erregen, die vielleicht fruchtlos sind. Der gegenwärtige Stand des Prozesses läßt noch keinesfalls sichere Schlüsse auf das Ende zu.“

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fand die Beschuldigung des bei dem Ermordeten beschlagnahmen Eigentums, seiner Kleider und Utensilien statt. „Halbvektor Fiohr legte den Richter und Geschworenen alle Gegenstände einzeln vor, in erster Linie das blutbesetzte Hemd, welches Möbius in der Stunde seiner Ermordung getragen hatte.“

„Sie haben alle diese Kleidungsstücke genau durchsucht?“ fragte der Präsident den Beamten.
„Auf das sorgfältigste, Herr Präsident,“ gab Fiohr zurück, worauf der Präsident den Gerichtsdienner anwies, den Tisch mit den Sachen auf die Seite zu bringen. Es geschah, und die Verhandlung wurde fortgesetzt. Hiernach interessierte sich in der Folge mehr für den Tisch als der Inspektor, welcher, ohne doch ein Wort von dem Gang des Prozesses zu verlieren, die einzelnen Gegenstände einer nochmaligen Prüfung unterzog und sie nachden er sie mit seinem Verzeichnis verglich hatte, auf die Seite legte.

Die Vernehmung der Zeugen dauerte inzwischen fort, als letzter wurde endlich — die achte Stunde war schon herangekommen, und die Gerichtsdienner kündeten die Schlußarbeiten an — Direktor Norden vor die Schranken gerufen.

Die Spannung des Publikums, schon im Verlaufe der ersten, kehrte zurück. Man rechnete auf neue dramatische Szenen. Ein Vater, der als Zeuge gegen die eigene Tochter aufzutreten sich gezwungen sieht, ist ein sensationelles Schauspiel, und die Menschen lieben nun einmal das Sensationelle. Würde er für oder gegen sie ausfallen? Alle Ohren und Augen öffneten sich weit, um seine Silbe von den Vorgängen am Gerichtstische zu verfolgen.

Der alte Mann verriet seine innere Bewegung sofort in den ersten Worten. Das lange Parren hatte ihn erschöpft. Als er seine Tochter erblickte, stürzte er förmlich krampfhaft, mit Mühe beruhigte er sich. Mitteldsoll ließ der Präsident ihm einen Stuhl geben.

„Wir haben so lange mit Ihrer Vernehmung geschögert, Herr Direktor, weil wir nur im äußersten Notfall Ihr Zeugnis in Anspruch nehmen wollten und zwar mit Rücksicht auf die innigen verwandtschaftlichen Bande, welche Sie an die Angeklagte knüpfen. Nützen Sie sich stark genug, uns Rede zu lassen? Sind Sie überhaupt dazu geneigt? Sie haben das Recht, das Zeugnis zu verweigern.“

„Nicht will gern sagen, was ich weiß,“ erwiderte Direktor Norden, sich von dem Stuhl wieder erhebend. „Offenbar bot er alles auf, seine Erregung zu unterdrücken. Er war ein stolzer Mann, dem Würde und Ehre über alles gingen, er wollte nicht schmach erscheinen, selbst nicht in einer Lage, in welcher ihm jedermann das Recht, schwach zu sein, zubilligte.“

„Wir beachtlichen nicht, Ihre väterlichen Gefühle zu verletzen. Was wir brauchen, sind einige Angaben über die Stellung des toten Kaffers Möbius, über sein Verhalten zu Ihnen und Ihrer Tochter. Wollen Sie uns antworten?“

„Ja.“
„So werde ich Sie zunächst unerbittlich vernehmen.“
„Haben Sie jemals bemerkt, daß zwischen Ihrer Tochter und Möbius irgendwelche Beziehungen bestanden?“

„Nein.“
„Verstehre der Kaffers in Ihrem Hause?“
„Er hatte häufig geschäftlich bei uns zu tun.“
„Nun privaten Verkehr fanden Sie nicht mit ihm?“
„Ich habe ihn einigemal zu meinen Abendgesellschaften eingeladen.“

